INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 170

21. November 1991

Da die heutige Ausgabe sehr spärlich ausgefallen ist, haben wir anstelle des Vorworts ein bißchen in der Geschichte gewälzt und bringen einen kurzen Rückblick auf den November 1918.
Bedanken wollen wir uns noch für die zugeschickten Photos, sehen uns aber aus technischen Gründen nicht in der Lage, die Restlichen zurückzusenden,
Im Ordner ist unteranderem ein längeres Papier der RARA, leider aber in niederländisch. Wir würden es gerne abdrucken und hoffen auf sprachbegabte GenossInnen die Lust und Zeit haben es zu übersetzen und uns wieder zuzuschicken.

Die Achselstücke Bericht eines Arbeiters [1918]

Man spürte: lange dauert es nicht mehr. Die Nachrichten aus dem Felde über Meutereien verdichteten sich immer mehr. Wir standen wie auf heißen Kohlen.
Dann kam der 8. November. Am Morgen trat die Kompagnie an. Man merkte, daß es nicht mehr recht stimmte. Die Unteroffiziere steckten vor der Front die Köpfe zusammen. Für mich war das Soldatspielen jetzt vorbei. Ich wußte, was in der Stadt geschehen war. Ich trat also vor die Kompagniefront und forderte die Kameraden auf, mit mir die Kokarde von der Mütze zu reißen und einzustimmen in ein Hoch auf die Revolution. Die »Vorgesetzten« standen ganz verdutzt da, und wir zogen in die Stadt. Dort fuhren wir mit anderen revolutionären Soldaten auf zwei Lastautos zur Kruppschen Fabrik und holten dort 2000 funkelnagelneue Gewehre heraus. Ein früherer Leutnant pflanzte die rote Fahne auf dem Feuerwehrturm auf. Am nächsten Tage stand ich von früh 10 Uhr bis abends am Hauptbahnhof Posten. Ein Major, der vorüberkam, trug noch die Achselstücke. Eines riß ich ihm sofort herunter, und als ich nach dem zweiten greifen wollte, zeigte er mir schon seinen Ausweis als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats! Da wußte ich, daß die Revolution verpfuscht war, und daß es einer neuen, wirklichen bedurfte, und von dem Tage an habe ich für die kommende große Revolution gearbeitet.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordnerliste:

- Autonome Antifa Fishtown
- Presseerklärung der Rechtsanwälte zum Devrimci Sol-Prozeß
- Kommunikee der RARA (in niederländisch)
  - Das Anarchiv
  - Geldstempelaufruf

Inhaltsverzeichnis:

ERKLÄRUNG ZUR BESETZUNG DER FREIMUTHSTR. 18

Am Sonntag, den 3.11.91, haben wir das leerstehende Haus in der Freimuthstr. 18 in Falkensee besetzt. Wir wollen hier unsere Vorstellungen von einem gemeinsamen Leben verwirklichen, was uns in der jetzigen Gesellschaft durch die Vereinzelung von Menschen in der Anonymität ihrer von ihren Mitmenschen abgeschotteten Wohnungen unmöglich gemacht wird.
Wir lassen es nicht länger zu, daß Wohnraum leersteht und durch Verfall zerstört wird, während Spekulanten die Mieten in die Höhe treiben und die Wohnungsnot immer größer wird.
Wir nehmen uns unser Recht auf gemeinsames Wohnen und Leben!!!

Freimut bleibt!!!



Die BesetzerInnen der Freimut(h)str.18

Unfähig zur Einheit

"Die geballte Ladung all dieser Probleme wird die jugoslawische Bevölkerung Ende September mit aller Wucht treffen: Dann sind die Betriebsferien der großen Unternehmen und die Urlaubszeit vorbei, dann werden die Verbraucherpreise erneut hochschnellen und die Löhne, mit deren Auszahlung die meisten Betriebe schon jetzt um zwei bis drei Monate hinterherhinken, in vielen Fällen ganz ausbleiben, weil einfach kein Geld mehr da ist" (Süddeutsche Zeitung, 12.8.1991).

Bürgerkriege und soziales Elend scheinen immer näher an die europäischen Kernländer heranzurücken, mit den Auseinandersetzungen in Jugoslawien stehen sie nun vor unserer eigenen Tür. Den PolitikerInnen in der BRD läuten durch die jugoslawischen Roma schon längere Zeit die Alarmglocken. In Großstädten wie Berlin ist auch die Existenz jugoslawischer Vereine, die nun mit dem "Krieg" untereinander beginnen, kein unerhebliches Problem im Rahmen der sozialen Befriedung.

Mittlerweile über 1.400 Roma aus Jugoslawien fordern z.B. ein Bleiberecht in NRW. Sie campierten und demonstrierten aus diesem Grund wochenlang unter einer Düsseldorfer Rheinbrücke. Die NRW-Landesregierung hatte bereits einen Plan zur Rückführung nach Jugoslawien entwickelt, als dort die Ereignisse eskalierten. 11 Millionen DM sollten in Skopje für Kindergärten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unterkünfte und muttersprachlichen Unterricht bereitgestellt werden. Dieses "Pilotprojekt" einer zukünftigen bundesdeutschen Ausländerpolitik, nämlich gezielte "Entwicklungshilfe" in den Herkunftsregionen von Flüchtlingen, im Einvernehmen mit den dortigen Behörden, scheiterte somit zunächst an den realen politischen Gegebenheiten.

Anwachsende Flüchtlingsbewegungen resultieren nicht nur aus den sozialen Problemen in Ländern außerhalb der imperialistischen Zentren, die die Wucht der Weltmarktkrise und des internationalen Verschuldungsproblems zu spüren bekommen. Insbesondere in den osteuropäischen und südöstlichen Ländern Europas trägt der Zerfall des Ostblocks zur Verunsicherung der Menschen bei. Auch in Jugoslawien bildet die Auflösung des sozialistischen Lagers den Hintergrund der Ereignisse, wodurch vor allem ein Problem ungelöst bleibt: die nationale Entwicklungsperspektive.

Zweck greifen die verschiedenen jugoslawischen Völker auf Traditionen und historische Ideologien, auch weit vor 1945 zurück. Zwar können sich nur noch die älteren Menschen auf ihre Erinnerungen an die Partisanenkämpfe stützen. Doch schließt das nicht aus, daß sich die verschiedenen Freischärler und Milizen, die heute in Jugoslawien gegeneinander kämpfen, die hauptsächlich aus jüngeren Menschen bestehen - im Kosovo sogar aus Jugendbanden, aus der Geschichte das holen, was sie zur Erklärung und Begründung ihrer Situation brauchen. Wenn sie sich gegenseitig als "Ustascha-AnhängerInnen" oder umgekehrt als "faschistische" AnhängerInnen der Cetniks, also der reaktionären königstreuen serbischen Milizen in den 30er und 40er Jahren, brandmarken, so sind dies Begriffe, die der gegenseitigen Abgrenzung dienen. Um sich von den "bösen" SerbInnen zu unterscheiden, heften sich z.B. die KroatInnen das Etikett der "Demokratie" und der Zugehörigkeit zum "Freien Westen" an die Brust. Umgekehrt warnen verschiedene serbische Gruppen, vor allem alte Tito-Partisanen in der Armee, vor der abermaligen Auslieferung Jugoslawiens an Deutschland, dem ehemaligen faschistischen Hauptfeind.

Wie sich beispielsweise die SlowenInnen in den letzten Jahren als "Nation" entdeckten, beschreibt Peter Handke, aus einem Kärntner Dorf stammend, in der "Süddeutschen Zeitung" vom 27.7.91:

"*... Zwei Daten in diesem Jahrhundert waren es, welche, glaubte ich, die so verschiedenen Völker einigten und auf Dauer einighalten müßten: ihr eher ungezwungenes, für viele sogar enthusiastisches Zusammenfinden 1918, mit dem Ende des Habsburger Reiches, erstmals in einem eigenen Reich, wo die einzelnen Länder keine schattenhaften Kolonien mehr, die einzelnen Sprachen kein Sklavengemunkel mehr zu sein bräuchten; und im Zweiten Weltkrieg dann der gemeinschaftliche Kampf der Völker Jugoslawiens, auch der unterschiedlichen Parteien und der einander widersprechenden Weltanschauungen - ausgenommen fast nur die kroatischen Ustascha-Faschisten -, gegen das Großdeutschland. In den vergangenen Jahren jedoch, so oft ich nach Slowenien kam, wurde dort, zuletzt mehr und mehr, eine neue Geschichte verbreitet. Neu? Es war die altväterliche, aber mit der Zeit neu gewendete Sage von 'Mitteleuropa'. (...) Das begann einige Jahre nach dem Tod Titos; und es kommt mir jetzt vor, eine große Zahl, jedenfalls die Mehrheit, innerhalb der nördlichen Völker Jugoslawiens, habe sich den Zerfall ihres Staates von außen einreden lassen (...), das zunehmende Wegdriften so vieler Slowenen von ihrem großen Jugoslawien 'hin zu Mitteleuropa' oder 'zu Europa' oder 'zum Westen' nahm ich lange als bloße Laune. So hörte ich immer öfter, und jedesmal seltsamer berührt, von Bekannten, aber auch von Wildfremden, auf den Straßen und Brücken von Ljubljana oder Maribor, wo die Flüsse wie je auf die Donau in Beograd zuströmten, Slowenen und Kroaten sollten an den Südgrenzen eine 'Mauer' gegen die Serben, die 'Bosniaken' usw. errichten, höher als die in Berlin - es gab diese da*

Die Geister der Geschichte...

Oberflächlich sieht es so aus, als ob da alte Gespenst des Nationalismus wiede herumgeistert, wie Marx im "18.Brumaire" schrieb: "*Die Tradition aller toten Ge schlechter lastet wie ein Alp auf de Gehirne der Lebenden. Und wenn sie ebe damit beschäftigt scheinen, sich und di Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewes nes zu schaffen, gerade in solchen Epoche revolutionärer Krise beschwören sie ängs lich die Geister der Vergangenheit zu ihrer Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen Schlachtparole, Kostüm, um in dieser a tehrwürdigen Verkleidung und mit diese erborgten Sprache die neue Weltgeschicht szene aufzuführen*".

Offensichtlich findet so etwas statt wi die Wiederentdeckung einzelner Natic nen und Nationalitäten. Zu diese *noch -, 'zwei Stockwerke hoch!' Und wenn ich nach den Gründen fragte, beschlich es mich dumm-bekannt bei: 'Die unten arbeiten nicht - die im Süden sind faul - nehmen uns im Norden die Wohnungen weg - wir arbeiten, und sie essen' (...)*".

Intellektuelle an den Hochschulen vor allem Kroatiens und Sloweniens propagieren schon lange die Verschiedenheiten zwischen den jugoslawischen Völkern. Slowenische Ökonomen äußerten z.B. Ende der 60er Jahre, daß Slowenien mit einer Gesamtbevölkerung von acht Prozent 20 Prozent des Nationalprodukts herstelle und mehr als 50 Prozent seines Steueraufkommens nach Belgrad überweisen müßte. Sie verschwiegen, daß Slowenien sehr billige, weil mit niedrigen Löhnen erwirtschaftete Rohstoffe aus dem Kosovo erhielt. Und schwere körperliche Arbeit machten in Slowenien bosnische und makedonische "GastarbeiterInnen" - zu Hungerlöhnen, ohne volle Sozialversicherungen, ohne Anrecht auf betriebliche Wohnungen.

... finden ihre materiellen Erklärungen

Schon in dieser slowenischen Sichtweise spiegelt sich ein grundsätzlicher Widerspruch der jugoslawischen Entwicklung wider: Die beiden Seiten der "nationalen Frage" - die regionalen Interessen einerseits und die nationalen und staatlichen Interessen andrerseits - konnten im Jugoslawien Titos nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Einige Jahre lang jedoch schien dieses Problem im Rahmen einer ökonomischen und politischen Entwicklung lösbar zu sein, die zum Ziel hatte, einen eigenständigen Weg gegenüber der Sowjetunion zu finden, ohne sich vom westlichen Imperialismus vereinnahmen zu lassen.

Der Kampf der beiden Blöcke gab Jugoslawien dafür vermeintlich einen Spielraum. Tatsächlich jedoch vollbrachte das Land seit 1948 nur eine Gratwanderung zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager, für die es jeweils die Funktion einer Pufferzone erfüllte. So gelang es den USA, Jugoslawien über hohe Kredite in den Weltmarkt einzubinden. Andererseits konnte Jugoslawien aus dieser Situation insofern einen politischen und ökonomischen Nutzen ziehen, daß diese Kredite den Beginn einer wirtschaftlichen Entwicklung und einer allmählichen Industralisierung ermöglichten.

Jedoch mußten revolutionäre Maßnahmen, so z.B. die Kollektivierung in der Landwirtschaft, rückgängig gemacht werden. Folge: *"Es konnte weder zu einem umfangreichen Werttransfer von der Landwirtschaft in die Industrie kommen, noch zu einer schnellen Steigerung des Anteils der Arbeiter an der Bevölkerung, da der unmittelbare ökonomische Zwang zum Wechsel aus der Landwirtschaft in die Industrie fehlte. Dementsprechend stieg der Anteil der in Industrie und Bauwirtschaft Beschäftigten in Jugoslawien auch sehr viel langsamer als im übrigen Osteuropa (von 11 Prozent auf 21 Prozent zwischen 1956 und 1976). Außerdem blieb der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Menschen mit 47 Prozent in 1976 gegenüber 54 Prozent in 1956 erstaunlich stabil. Diese Verteilung bedeutet eine wirtschaftliche wie auch politische Schwächung des jugoslawischen Versuchs, auf einen eigenen Weg zum Sozialismus zu gelangen"* (Arbeiterpolitik, Nr.4/5, 1989, S.20).

Trotz der desolaten Wirtschaftsstrukturen, die ja letztlich vom unlösbaren Widerspruch zwischen Markt und Plan gekennzeichnet waren, konnte Jugoslawien durch westliche Kredite, Devisentransfers von "GastarbeiterInnen"-Konten aus Westeuropa, Kooperationen mit westlichen Firmen und dem florierenden Tourismus, den ökonomischen Niedergang, vor allem seit Ende der 70er Jahre, hinauszuzögern. Ohne die Blockkonfrontation und die Unterstützung aus dem Westen wäre Jugoslawien wesentlich früher wirtschaftlich am Ende gewesen.

Noch bis in die 60er Jahre hinein versuchte die Staatsführung, durch die Abschottung der Märkte für Industrieprodukte nach außen einerseits und die Verbilligung der eigenen Rohstoffe (insbesondere aus dem Kosovo) andererseits, eine eigenständige industrielle Basis zu entwickeln. Besonders die Republik Slowenien, die 18 Prozent ihrer Produktion auf dem Weltmarkt absetzte, konnte aus der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit der anderen Republiken Nutzen ziehen. Sie war Bezieherin von relativ billigen Rohstoffen aus den südlichen Republiken, die sie weiterverarbeitete. Die Überschüsse in den reichen Bundesländern im Norden sollten durch Steuern gezielt in den Süden umverteilt werden. Diese gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung aber wurde auf regionaler Ebene in Form der betrieblichen und lokalen Selbstverwaltung durchbrochen, wo der Abzug der Gelder als wirtschaftliche Schwächung empfunden wurde, ohne den gesamtgesellschaftlichen Vorteil zu sehen. Insbesondere aus Slowenien und Kroatien kamen auch daher immer heftigere Vorwürfe gegenüber der zentralen Wirtschaftspolitik Jugoslawiens, daß diese zum "Ausbluten" des Nordens führe.

1971 wurde an kroatischen Hochschulen ein Generalstreik initiiert mit der Hauptforderung, die "Devisenfrage" zu lösen, d.h. die Überweisung von Gewinnen aus dem Tourismusgeschäft an den nationalen Entwicklungsfonds einzuschränken. Und schon 1968 war bei StudentInnenunruhen in Zagreb gefordert worden, Kroatien solle einen Sitz in der UNO erhalten, und daß eine eigene kroatische Armee aufgestellt werden müsse, um die Vorherrschaft serbischer Militärs und Polizei zu brechen. In der Haltung der kroatischen Kommunistischen Partei (KP) spiegelte sich dieser Prozeß wider: 1970 verurteilte die Partei den *"Unitarismus"* in Jugoslawien, also die Stärkung des Gesamtstaats und wandte sich gegen die *"monopolistische"* Stellung der Belgrader Großbanken. 1971 spaltete sich das kroatische Parteipräsidium, und der radikale Flügel um Savka Dabcevic-Kucar erweiterte die anfängliche Parole: *"Es gibt kein jugoslawisches Volk"* um die These: *"Es gibt keinen jugoslawischen Staat"*. Angehörige der serbischen Minderheit befürchteten die Abspaltung Kroatiens von Jugoslawien und bewaffneten sich zum ersten Mal.

UdSSR zum Ende des Krieges mit dem Westen übereingekommen, Jugoslawien zu je 50 Prozent in eine westliche und eine östliche Einflußsphäre aufzuteilen. Schon 1948 hatte Stalin für eine Zusammenarbeit Titos mit dem Ex-König und bürgerlichen Kräften plädiert. 1948 schließlich fand der Bruch mit der Sowjetunion statt, als Jugoslawien aus dem "Kommunistischen Informationsbüro" (Kominform) ausgeschlossen wurde. Tito forderte daher die jugoslawischen Völker auf, einen eigenständigen nationalen Weg einzuschlagen und ihre Sonderinteressen zurückzustellen.



Alte Freunde: Kroatenführer Tudjman bei Kohl ...

Nationalismus und Neuherausbildung der Klassen

Wie für die Sowjetunion gilt auch für Jugoslawien der Satz: *"Erst unter sowjetischer Hegemonie sind relativ stabile Nationalstaaten entstanden (stabil in den äußeren Grenzen und im inneren Klassengefüge). Nationale und nationalistische Traditionen sind unter den Massen nach dem Krieg verbreitet gewesen. Überall waren die Kommunisten gezwungen, den Kompromiß mit diesen Strömungen, zumindest auf ideologischem Gebiet, zu suchen"*,(Arbeiterpolitik, 1/1990, S.12). Hinter Tito sammelten sich nicht nur sozialrevolutionäre Kräfte, die den Kampf mit dem Großgrundbesitz aufnahmen. Auch Teile der Cetniks, die in ihrem Kampf nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch gegen die Partisanen Titos von den westlichen Allierten unterstützt worden waren und zwischen diesen Seiten zerrieben wurden, wechselten in die Reihen der Tito-Partisanen über.

Wesentlich für Jugoslawien ist aber, daß es sich im Gegensatz zu den meisten späteren Ostblockländern aus eigener Kraft vom Faschismus befreit hat. Dementsprechend wurde für die jugoslawischen KommunistInnen eine Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unmöglich, wenn sie nicht ihre im Krieg gewonnene Autorität aufs Spiel setzen wollten. So war die

Auf diese Weise ist mit Jugoslawien ein Nationalstaat entstanden, der sich, ähnlich den Staaten des Ostblocks, sowohl von den modernen bürgerlichen Nationalstaaten als auch den großen alten Vielvölkerstaaten insofern unterscheidet, daß sich in ihm, ohne die äußeren nationalen und inneren nationalistischen Grenzen überwinden zu können, Klassenstrukturen einer anderen Qualität herausgebildet haben.

Zunächst fehlt dort weitgehend die Bourgeoisie als Klasse. Die allmähliche Industrialisierung, die auch in Jugoslawien im größten Teil des Landes erst nach dem 2.Weltkrieg stattfand (wofür das Kosovo ein Beispiel ist), hatte zudem, ähnlich wie in der Sowjetunion, als Resultat *"nicht nur die Entstehung einer relativ breiten und qualifizierten Arbeiterklasse, sondern auch ein breites kulturelles Niveau, sowie eine gesellschaftliche Versorgung (Gesundheit, Wohnen usw.)..."* (Arbeiterpolitik, 1/1990, S.13). Um den Sozialismus aufzubauen, mußte aber nicht nur überhaupt eine ArbeiterInnenklasse entstehen, es fehlten auch die Bedingungen der ökonomischen Unterstützung von außen durch revolutionäre Kräfte in den hochentwickelten Ländern.

Zwei Seiten ein und desselben Prozesses sind somit für Jugoslawien bezeichnend: Wuchsen einerseits die materiellen und sozialen Bedürfnisse der Menschen, die sich in einem beginnenden Industrialisierungsprozeß allmählich zu Klassen

formierten, so standen auf der anderen Seite die objektiv schlechten Voraussetzungen für einen sozialistischen Aufbau, der von den Menschen die Bereitschaft verlangt, "*sich den Produktions- und teilweise den Planungsapparat real anzueignen*" (ebd.). Der Gegensatz zwischen diesen Seiten beschreibt den Kern des Problems der betrieblichen Selbstverwaltung. Objektiv fehlten jedoch die Möglichkeiten, die Ökonomie, die auf marktwirtschaftlichen Konkurrenzbeziehungen zwischen den Betrieben beruhte, der Kontrolle der ArbeiterInnenklasse zu unterwerfen. Sie schaffte es zwar, die Produktion in Form der betrieblichen Selbstverwaltung zu kontrollieren, was als Ausdruck der subjektiven Bedürfnisse der ArbeiterInnen zu verstehen ist. Doch zugleich stellten sie egoistisch die betrieblichen Interessen in den Vordergrund und überließen die Verantwortung für die ökonomische Rahmenplanung dem bürokratischen Apparat.

Das Ende des RGW läßt Jugoslawien keine Spielräume mehr

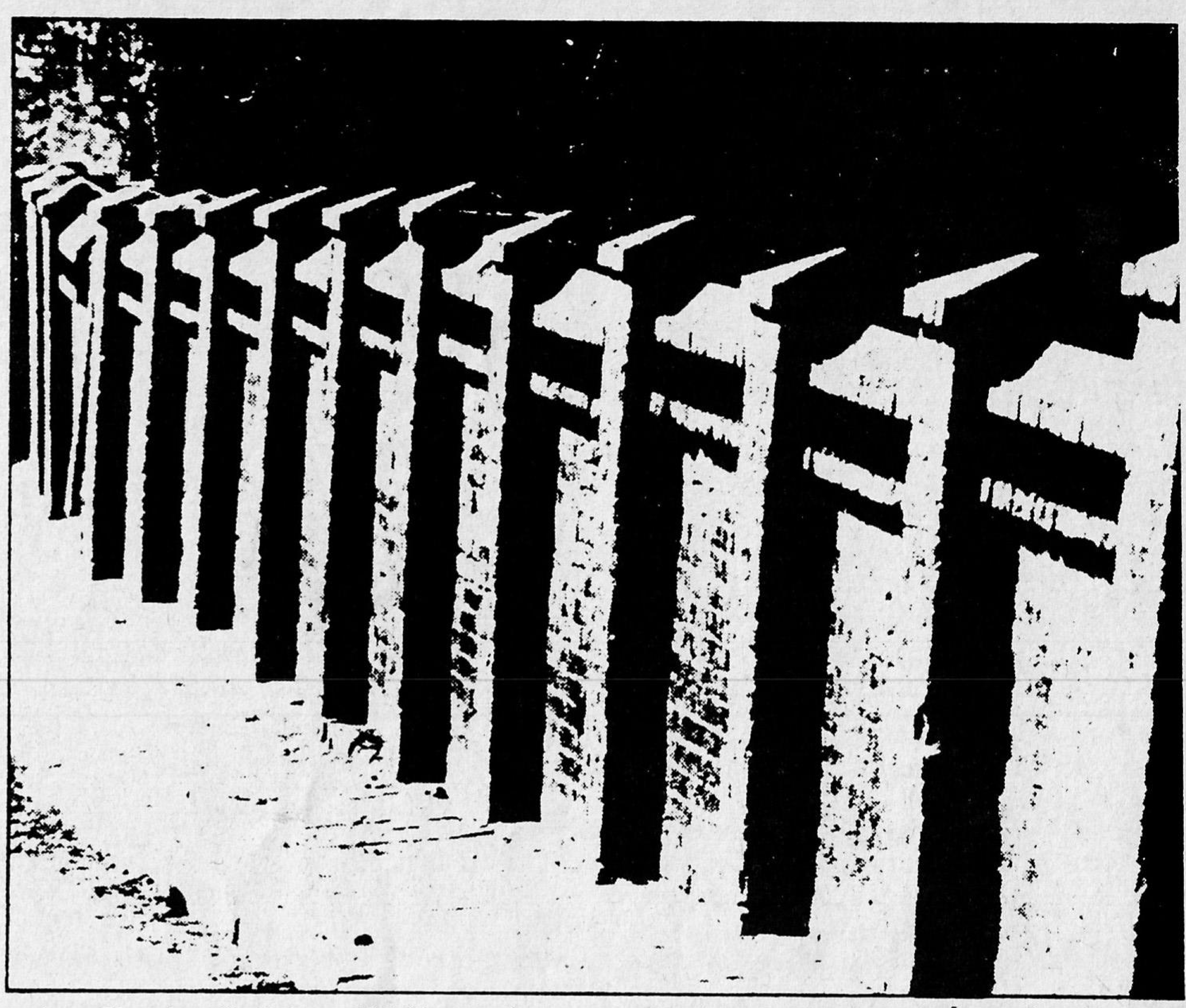
Zwischen diesen Gegensätzen schaukelte Jugoslawien so lange hin und her, wie das sozialistische Lager dem Imperialismus die Bildung seiner Hinterhöfe erschwerte und im Falle Europas bis Ende der 80er Jahre nicht zuließ. Doch gelang es dem Imperialismus schon viel früher, ökonomisch in das sozialistische Lager einzudringen. Der Niedergang des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war kein plötzliches Ereignis am Ende der 80er Jahre, sondern eine ganze Phase, in der sich herausstellte, daß die Modernisierung der Produktion auf staatssozialistischer Grundlage nicht gelang und Kräfte für einen unabhängigen Weg vom Westen, der eine große Opferbereitschaft vorausgesetzt hätte, fehlten. Wie sich z.B. schon in Polen Ende der 60er Jahre gezeigt hat, lag den Menschen an einer sozialen Besserstellung, an neuen Wohnungen und Konsummöglichkeiten; die Bürokratien berücksichtigten diese Bedürfnisse insofern, als sie Kredite im Westen aufnahmen, um den sozialen Frieden zu erhalten.

Von heute aus betrachtet, waren die Ostblockländer und die Sowjetunion nicht in der Lage, einen autarken Wirtschaftsraum zu entwickeln, der mit dem kapitalistischen Weltmarkt hätte Schritt halten können. Doch im Unterschied zum Ostblock hatte Jugoslawien auch nie die Chance einen solchen Wirtschaftsraum zu schaffen, schon von seiner Größe aus betrachtet.

Das Eindringen westlichen Kapitals und die allmähliche Einbindung in den Weltmarkt ließ Jugoslawien darauf mit Zentralisierungsstrategien reagieren. Unter den Bedingungen der vom Weltmarkt ausgehenden Wirtschaftskrise in Jugoslawien, aber auch der zunehmenden Orientierung der Massen an westlichen Konsumstandards, kam es in den 80er Jahren in Jugoslawien zu stärkeren Zentralisierungsbemühungen, die von den SerbInnen getragen wurden. Sie sind als Reaktion auf die zunehmenden Autonomie-Tendenzen der Teilrepubliken zu sehen. Die Kämpfe im Kosovo 1989/90 bieten auf diesem Hintergrund ein anschauliches Beispiel der inneren Widersprüche Jugoslawiens.

Die Hintergründe der Kämpfe im Kosovo

Das Kosovo war auch während der Tito-Ära eines der absolut unlösbaren Probleme Jugoslawiens. Obwohl viele SerbInnen das Kosovo als ihr "*historisches Kernland*" ("*Amselfeld*") ansehen, wird es heute mehrheitlich von AlbanerInnen (die keine SlawInnen sind) bewohnt (mit entsprechender Sprache und Schrift), deren Einwanderung im 17.Jahrhundert begann. Das Kosovo ließ sich nach 1945 nur mit starkem politischen Druck integrieren, wobei Tito eine zukünftige Abgabe des Kosovo an Albanien nicht ausschloß.



Serbische NationalistInnen haben daraus Tito immer einen Vorwurf gemacht. Zunächst gehörte das Kosovo zum Bundesstaat Serbien. 1974 erhielt es durch die Verfassungsreform den Status einer autonomen Provinz innerhalb Serbiens, wodurch die eigene Sprache und die Vertretung im kollektiven Bundespräsidium garantiert war. Politisch und administrativ hatte das Kosovo aber immer noch weniger Rechte als die jugoslawischen Teilrepubliken. Nach 1974 flackerten öfter separatistische Kämpfe auf, die mit dem wirtschaftlichen Niedergang härter wurden (der Lebensstandard war 1987 auf ein Drittel desjenigen von 1970 gesunken). Der Versuch, das rohstoffreiche Kosovo zu industrialisieren, scheiterte nach anfänglichen Erfolgen. Immerhin ließ sich im "*Archiv der Gegenwart*" vom 7.5.1981 lesen: "*Über die wirtschaftliche Situation Kovovos heißt es in Presseberichten, 1945 hätten 90 Prozent der Bevölkerung der Provinz von der Landwirtschaft gelebt; es habe dort keine Asphaltstraßen und keine Fabriken ... gegeben; Kindersterblichkeit und Analphabetentum seien hoch gewesen. Heute gebe es in Kosovo über 1.500 km Asphaltstraßen, auf denen 50.000 PKW fahren, über 47.000 Studenten, hochmoderne Schwerindustrieanlagen, 183.000 Arbeitsplätze im gesellschaftlichen Sektor, Elektrizität in allen Dörfern und 11.000 Traktoren in privater Hand. ... Um eine Arbeiterklasse aus dem Boden zu stampfen, seien Landwirtschaft und Handel benachteiligt worden*". Die Industrialisierung hatte ein hohes Bevölkerungswachstum zur Folge. Aus diesem Grund leben heute mittlerweile über 90 Prozent AlbanerInnen im Kosovo. Aus regional weit verstreuten bäuerlichen Stämmen wuchs im Kosovo eine sich als Nation verstehende Bevölkerung heran, ohne daß allerdings die Strukturen der traditionell stammesähnlichen Großfamilien überwunden werden konnten.

1981 kam es zu ersten großen Unruhen in Pristina, der Hauptstadt Kosovos, bei denen der Ruf nach der Anerkennung der Kosovo-AlbanerInnen als eigenständige Nation laut wurde. Sie wollten nicht länger nur den autonomen Status innerhalb Serbiens zugebilligt bekommen, sondern als (Teil-)Republik Jugoslawiens anerkannt werden. Das bedeutete auch, die serbischen Bürokraten abzusetzen und die Kontrolle über die regionale Wirtschaftpolitik und die militärischen Territorialeinheiten zu übernehmen. Die serbische Regierung warf daraufhin den albanischen NationalistInnen konterrevolutionäre Aktivitäten vor und verhängte den Ausnahmezustand. Unter den Protestierenden traten auch erstmals ArbeiterInnen mit Forderungen, die sich gegen die jugoslawische Marktwirtschaft wandten, auf.

In den darauffolgenden Jahren wuchsen die Differenzen Jugoslawiens zu Albanien, das die Forderung der Umwandlung Kosovos in eine Republik unterstützte. Die jugoslawische Bundesregierung befürchtete eine solche Entwicklung, denn die Vojvodina, Serbiens zweite

autonome Provinz, wäre diesem Schritt gefolgt und hätte den Dezentralisierungsschub in Jugoslawien beschleunigt. Doch die harte Haltung Serbiens konnte diesen Prozeß nicht mehr stoppen, im Gegenteil trug sie zur Verschärfung der Auseinandersetzungen bei: die SlowenInnen und KroatInnen stellten sich politisch hinter die Kosovo-AlbanerInnen.

Die Auseinandersetzungen im Kosovo vollzogen sich auf dem Hintergrund wachsenden sozialen Elends, der Bildung von Jugendbanden und der Bevölkerungszunahme. Die ansässigen SerbInnen fühlten sich zunehmend diskriminiert. Von den 400.000 SerbInnen flohen angeblich 200.000 ins serbische Kernland. Aufgrund politischen Drucks von ihrer Seite wurde die Verfassung ab 1986 überarbeitet. Mit ihrer Verabschiedung durch den Bundesrat am 25.11.1988 wurden schließlich die Rechte der Kosovo-AlbanerInnen auf den Stand von 1974 zurückgeschraubt. Um die Frage der Zustimmung seitens des Parlaments des Kosovo entbrannte anschließend die erste bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung, in dessen Zentrum der Hungerstreik von rund 1.300 Minenarbeitern stand, der sich zum Generalstreik ausweitete. Das harte Durchgreifen der Serben mit Militär, Polizei und Geheimdienst bildete den Auftakt im nationalistischen Konzert der anderen jugoslawischen Völker.

Heftige Kämpfe und abwartende Bevölkerung

Die Wirtschaftkrise in Jugoslawien bildet den materiellen Hintergrund der ausbrechenden Nationalitätenkonflikte. Der andere Grund für die gesellschaftliche Krise ist der gescheiterte Versuch, trotz Anbindung an den Westen eine Akkumulation von Kapital zu ermöglichen, die regionale ökonomische und soziale Unterschiede ausgleicht und darüber die zentralen Planungsinstanzen stärkt. Doch stellten die neu entstehenden regionalen ArbeiterInnenklassen ihre spezifischen Interessen über diejenigen der nationalen Einheit. Sie vollzogen die immer schon vorhandene Aufsplitterung in Nationalitäten und die Konkurrenz unter ihnen nach. In den nördlichen Gebieten überwiegt daher auch innerhalb der ArbeiterInnenschaft das Interesse am Westen und an der europäischen Integration.

Was für die Sowjetunion gilt, trifft in besonderer Form auch für Jugoslawien zu: *"Die Arbeiterklassen lösen sich im politischen Sinne zunächst einmal auf, weil der äußere bindende und einigende Rahmen zerfällt"* (Arbeiterpolitik 1/1990,S.11) - wenn auch dieser nie so verbindlich war wie in der Sowjetunion. An die Stelle dieses staatlichen Rahmens setzen sich nun die Kräfte des kapitalistischen Markts. *"Eine Polarisierung im Innern der Arbeiterklasse ist unvermeidlich, weil die wirtschaftliche Krise und die sehr ungleichen Angebote des Kapitalismus zunächst einmal die ökonomische Differenzierung unter den Arbeitern, zwischen Betrieben und Branchen verstärken werden"* (ebd.). Solange der RGW noch bestand, schien die gesellschaftliche Aufsplitterung die Möglichkeit in sich zu bergen, daß sich zumindest Serbien dem Ostblock zuwendet. Die Zentralisierungspolitik in Jugoslawien ab Mitte der 80er Jahre hätte das Auseinanderfallen des Landes zwar nicht aufhalten können, aber doch der serbischen Politik einen Spielraum gegeben, den sie heute nicht mehr hat. Die aktuellen Kämpfe jedoch beziehen sich nur noch auf den Modus der Einreihung in die kapitalistische Staatenwelt, - darauf, wer in welcher Form in Zukunft an den "Fleischtöpfen des Westens" partizipieren darf.

Slowenien und Kroatien können sich in Hinblick auf eine ökonomische Unterstützung durch die EG und Hilfen zur Integration in den Weltmarkt größere Chancen ausrechnen als die ärmeren Republiken, so auch Serbien. Offen zur Schau gestellter Nationalismus und die brutale Form der militärischen Auseinandersetzung verdecken den eigentlichen Hintergrund, der mittlerweile die Auseinandersetzung bestimmt: die Frage, wo die neuen Mauern zwischen der ersten und der dritten Welt errichtet werden. Diese Frage wird im Zentrum einer zukünftigen "Friedenskonferenz" der EG stehen.

Allerdings ist die Diskussion im Vorfeld dieser Verhandlungen noch nicht beendet, was mehrere Gründe hat. Aus nationaler Sicht hat nämlich in den ersten Monaten dieses Jahres ein Wechsel innerhalb der Kriegsziele der jugoslawischen Armee stattgefunden: zunächst stand der Kampf um den Erhalt des jugoslawischen Staatsverbands im Vordergrund (Krieg mit Slowenien). Mittlerweile ist die Entwicklung aber an einen Punkt gekommen, wo zentrale staatliche Organe kaum noch Macht ausüben können, außer der Armee, die sich zusehends in eine rein serbische verwandelt. Heute kämpft Serbien um den Erhalt eines möglichst großen Reststaats unter serbischer Kontrolle. Auf internationaler Ebene fand parallel dazu ein Meinungsbildungsprozeß statt, der von der Position ausging, Jugoslawien als ganzes zu erhalten, und dorthin führt, wo Deutschland unter Genschers Führung als Erster hin wollte: den Keil zwischen die nördlichen und südlichen Republiken Jugoslawiens zu treiben. Anfang Juli 1991 sperrte deshalb die Bundesregierung die Finanzhilfen an Jugoslawien und die Hermes-Bürgschaften für den Jugoslawien-Handel. Am 9.8.91 schließlich entschied sich die Bundesregierung, Hermes-Bürgschaften nur einseitig für Geschäfte deutscher Firmen in Slowenien und Kroatien zu garantieren. Begründung: *"Mit der Entscheidung stelle sich die Bundesregierung auf die Seite derer, die in Jugoslawien eine Entwicklung ohne Gewaltanwendung suchten, erklärte Waigel nach Abstimmung mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher"* (Süddeutsche Zeitung, 10.8.91).

In Wirklichkeit hat die Bundesrepublik dadurch zur Verschärfung der Kämpfe beigetragen. Denn Kroatiens Präsident Tudjman weiß, daß er Deutschland und allmählich auch die anderen einflußreichen EG-Staaten auf seiner Seite haben wird. Geschickt kann er daher den Friedenswillen Kroatiens herausstellen. Ohne den Rückhalt der EG hätte Kroatien längst kapituliert.

Serbien andrerseits versucht sein Territorium möglichst auszuweiten, um es als Verhandlungsgewicht beim Friedenspoker gegenüber der EG in die Waagschale werfen zu können. Doch riskieren die SerbInnen damit, bisher ihnen freundlich gesonnene Volksgruppen wie die Muslime in Bosnien-Herzegowina mit einer Politik der militärischen Eskalation gegen sich aufzubringen. Und Kräfte, die schon lange von einem Großserbien träumen, erhalten dadurch erst recht Aufwind. Zwei gegensätzliche Seiten fallen daher in diesem Kampf zusammen, die auch in der Zukunft Serbiens eine Rolle spielen werden: einerseits stemmt sich Serbien gegen die Macht der imperialistischen Zentren, insbesondere gegen die Absichten der EG. Andrerseits jedoch verhält es sich repressiv gegenüber den unmittelbar in Serbien und daran angrenzend lebenden Völkern, wie sich vor allem im Kosovo zeigt.

Einen besonderen Fall im Rahmen dieser Eskalation bildet das Gebiet der früheren Militärgrenze zwischen dem Habsburger und dem Osmanischen Reich, also solcher Regionen wie Slawonien und der Krajin. Dort leben SerbInnen in einem über 200 km langem und etwa 20 km breiten Streifen; noch im letzten Jahrhundert nahmen sie die Funktion einer privilegierten habsburgischen Grenztruppe wahr. Kroatische und serbische Dörfer sind strikt voneinander getrennt. In Kroatien werden diese SerbInnen als "österreichisch-ungarisch" bezeichnet, im Gegensatz zu den "orientalischen" SerbInnen, denen die Errungenschaften der westlichen Zivilisation sowieso abgesprochen werden. Die Krajiner SerbInnen teilen diese Ansicht



höchst ungern, denn innerhalb Jugoslawiens fühlten sie sich als gleichberechtigte SerbInnen. Sie stellen jetzt die Frage, warum sie *"einen Staat verlassen (sollen), in dem sie mit 'anderen Serben' zusammengelebt haben, d.h. Jugoslawien, und dafür die Position einer nationalen Minderheit in einem konföderalen oder selbständigen Kroatien eintauschen"* sollen (Borba, 5.1.91). Dahinter steckt die besondere Angst, in einem zukünftigen Kroatien, - und trotz dessen Nähe zu Westeuropa -, zur benachteiligten Minderheit zu werden, der es dort noch schlechter gehen kann, als in einem serbischen Staat.

Die andere Seite dieses erbitterten Kampfes ist die vorsichtige und abwartende Haltung in der Bevölkerung. Die offensichtliche politische und militärische Polarisierung zwischen den jugoslawischen Völkern läßt zu schnell vergessen, daß es viele Menschen gibt, die den Bürgerkrieg nicht wollen. Nicht nur serbische und kroatische Mütter sind es, die öffentlich protestieren, sondern vor allem Familien, die sich nicht eindeutig einer bestimmten Volksgruppe zuordnen können. Über 600.000 SerbInnen leben in Kroatien, davon ein großer Teil in Städten, und oft in Familien, die serbisch und kroatisch gemischt sind. Diese halten sich aus den militanten Kämpfen bisher zumeist heraus. An den Kämpfen um die Stadt Osijek im Juli waren kaum Einheimische beteiligt, die meisten sind geflüchtet.

Der Westen kann sich den Auseinandersetzungen nicht entziehen

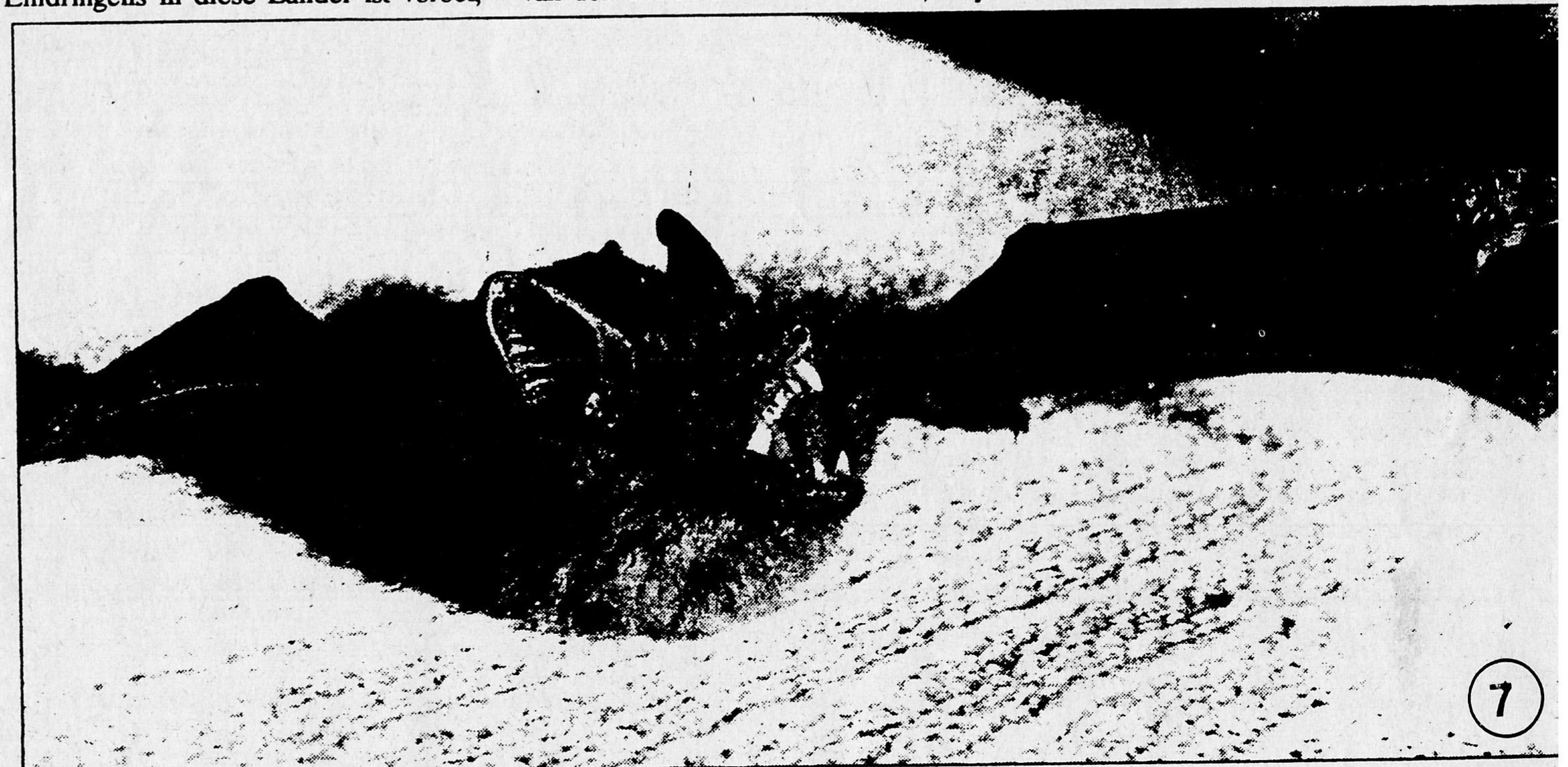
Die Folgen des kapitalistischen Siegeszugs über das sozialistische Lager aber sind, daß die politischen Instanzen der kapitalistischen Welt jetzt gezwungen werden, sich in den Regionen, die früher dem Ostblock zugehörten oder Teil der Pufferzone um ihn herum waren, zu engagieren. Die Zeit des rein ökonomischen Eindringens in diese Länder ist vorbei, sollen sie nicht etwa in Chaos versinken. Jugoslawien aber ist an Europa näher dran als die afrikanischen Länder, die sich selbst überlassen werden. Nicht nur die Folgen wie Flüchtlingsbewegungen und Migrationen in die hochentwickelten Länder lösen Befürchtungen bei den Politikern aus. Dahinter steckt auch die Angst vor unkontrollierbaren nationalistischen Ausbrüchen, die nicht nur die unmittelbare Umgebung solcher Regionen wie dem Kosovo oder Makedonien, - Albanien oder Griechenland -, destabilisieren würden, sondern darüber hinaus die Bildung eines ruhigen Hinterlands erschweren.

Diesbezüglich hat die EG keineswegs eine klare Position. Unter Führung der USA, bei denen Jugoslawien am meisten verschuldet ist, war es das Interesse des westlichen Imperialismus in der Nachkriegszeit Jugoslawien aus dem Ostblock herauszuhalten. Daher wurde Tito nicht einfach verteufelt, daher wurde die Belgrader Regierung zum glaubwürdigen und integren Verhandlungspartner auserkoren.

Trotz des Stimmungsumschwungs in der EG zugunsten Sloweniens und Kroatiens fürchten viele Mitgliedsländer die Folgen der Auseinandersetzungen in Jugoslawien zu einem Zeitpunkt, wo überall in Europa die Verschärfung der Asyl- und AusländerInnengesetzgebung auf der Tagesordnung steht. Die Kämpfe zwischen SerbInnen und KroatInnen haben bereits zu enormen Flüchtlingsbewegungen innerhalb Jugoslawiens geführt. Mitte August schätzte das Rote Kreuz die Zahl von 90.000 Menschen, wobei 48.000 aus den serbischen Enklaven nach Serbien geflohen seien, und 30.000 KroatInnen in nicht umkämpfte Gebiete Kroatiens. Klar ist in der EG, daß die südöstliche Flanke befriedet werden muß. Umstritten sind nur die Mittel, die zukünftig zum Einsatz kommen sollen, wobei jedes EG-Mitgliedsland eigene Vorstellungen hat. Wenn der Vorsitzende des Europarats, der niederländische Außenminister van den Broek am 12.8.91 äußert, *"daß eine Kleinstaaterei in Jugoslawien eine für ganz Europa bedrohliche Kettenreaktion im gesamten Osten hervorrufen könne"* (Süddeutsche Zeitung, 13.8.91), so steht das im Gegensatz zur deutschen Haltung, die auf die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens drängt. Frankreich wiederum hält (noch) am Erhalt ganz Jugoslawiens fest, da es die Rebellion von Minderheiten im westeuropäischen Raum befürchtet (Korsika, BaskInnen etc.). Es propagiert bereits den Einsatz von WEU-Eingreiftruppen, wodurch es sich eine militärische Stärkung innerhalb der EG als auch gegenüber der NATO erhofft. Die Bundesrepublik dagegen dürfte in arge historisch bedingte Schwierigkeiten kommen, deutsche Truppen nach Jugoslawien zu entsenden. Und England sieht seine Rolle an der Seite der USA in Gefahr, sollte die WEU eine Aufwertung erfahren.

Die EG muß zur gleichen Zeit mehrere Probleme zu bewältigen: die Konsolidierung des EG-Binnenmarkts, die Fusion mit den EFTA-Ländern und die Neuordnung der "Hinterhöfe". Sie ist damit beschäftigt, sich von einem Frontstaatenbündnis gegenüber dem sozialistischen Lager zu einem effizienten Konkurrenten auf dem Weltmarkt gegenüber den USA und Japan wandeln zu müssen. Die Häufung der damit einhergehenden Probleme, die sich nach außen in scheinbarer Handlungsunfähigkeit der EG darstellt, gibt fortschrittlichen Kräften nicht nur in Jugoslawien, die über die nationalistische Hysterie hinausblicken, eventuell einen Spielraum und eine Chance, sich zusammen zu finden.

Dieser Text wurde uns von der Gruppe Arbeiterpolitik zur Verfügung gestellt und ist die leicht überarbeitete Fassung eines in der letzten Ausgabe ihrer Zeitung "Arbeiterpolitik" (Nr. 5, 18.10.91) erschienenen Artikels. Die Arbeiterpolitik (je Exemplar 3 DM) ist zu beziehen über: GFSA, Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 1.



Demokratische Rebellionen im Trikont

Demokratisierung: Emanzipation oder kapitalistische Modernisierung ?

Im Schatten der Ereignisse in Osteuropa und der Sowjetunion finden auch in Asien, Lateinamerika, vor allem aber in Afrika politische Auseinandersetzungen statt, die darauf abzielen, die nachkolonialen gesellschaftlichen Strukturen demokratisch zu reformieren. Vor allem in den frankophonen Staaten Schwarzafrikas ist gegenwärtig fast jede staatliche Elite mit städtischen Massenbewegungen konfrontiert. Ihre Forderungen sind: die Abschaffung der 'rechten' wie 'linken' Einparteiensysteme, Reduzierung und öffentliche Kontrolle der staatlichen Verwaltung und des militärischen Apparats, Unabhängigkeit der Justiz und der Medien, frei pluralistische Wahlen. Das Mittel dieser Umgestaltung sind Nationalkonferenzen unter Einschluß aller politischen und sozialen Kräfte, und ein fast unbegrenzter Glaube daran, mit diskursiven Mitteln neue demokratische Verhältnisse zu gestalten. Im Gegensatz zu der Auflösung des Realsozialismus führt diese Entwicklung bei der politischen Klasse der Industrieländer weniger zu Euphorie als vielmehr zu Verunsicherung. Bei allen Bekenntnissen zu den Segnungen der Menschenrechte und der Demokratie wird dennoch an den alten politischen Verbindungen festgehalten. Alte „connections", für die in den USA Reagan, in Frankreich Giscard D'Estaing, in Deutschland Strauß standen, funktionieren noch immer. Verbal treten die Industriestaaten für die Menschenrechte ein, politisch forden sie Diktaturen wie Volksbewegungen zu Kompromissen auf, realpolitisch werden weiterhin Waffenspezialisten und Kredite den Diktatoren von Rangun bis Kinshasa, Antananarivo bis Tunis zur Verfügung gestellt. Werden diese Geschäfte zu anrüchig, dann ersetzt man die deutschen, französischen oder japanischen Ausbilder durch südafrikanische, israelische oder chinesische Militär- und Folterspezialisten. Dennoch wäre es falsch, diese Verhältnisse als Resultat zielgerichteter Politik des Westens zu bewerten, vielmehr waren die Beziehungen zu Birma oder Zaire, aber auch zu China und zu vielen südamerikanischen Staaten längst degeneriert zu wirtschaftlichen Sondereziehungen zwischen rechtsautoritären Fraktionen in den Industrieländern und den bürokratischen und korrupten Eliten dort. Die Entwicklung in Südafrika aber auch der Niedergang des ehemaligen Ostblocks erschüttert die Basis dieser Fraktion im Westen.

Die Demokratisierung in Schwarzafrika wird ökonomische Forderungen nach Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen verstärken, die angesichts der „Herausforderungen" des osteuropäischen Marktes und der sich verschärfenden Krise in den Industrieländern mehr als ungelegen kommen.

Linke und Trikont

Die vor sich gehende Demokratisierung und die von weiten Teilen der Bevölkerung erhoffte Durchsetzung rechtlich geschützter bürgerlicher Verhältnisse in der sogenannten 'Dritten Welt' trifft die internationale Linke aber noch viel härter als die Vertreter der metroplitanen Rechten. Die Vorstellung, Asien, Afrika und Lateinamerika seien eine tendenziell einheitliche Basis des nationalen und sozialrevolutionären Befreiungskampfes, ist endgültig abhanden gekommen. Schon während der letzten 20 Jahre reduzierte sich die Anzahl der Staaten, in denen solche Guerilla-Kämpfe stattfanden kontinuierlich. Die Linke übersah dabei, daß diese Guerilla-Kämpfe nur dort eine Basis hatten, wo Gesellschaften noch überwiegend von ländlich-feudalen Verhältnissen geprägt waren. Dies traf schon in den 80er Jahren nur noch auf wenige Kleinstaaten Mittelamerikas und auf die ebenfalls spanisch geprägten Phillippinen zu. Heute befindet sich auch überall dort die Guerilla in Auflösung.

Schlimmer noch als das Verschwinden der sozialökonomischen Basis trifft die Linke die Tatsache, daß ihre einstmals erfolgreichen staatlichen Projekte von Algerien bis Vietnam heute zum Inbegriff despotischer und korrupter Regime geworden sind und im Zentrum des nationalen wie internationalen demokratischen Protestes stehen. Die Gründe des Zerfalls sozialistische Gesellschaften im Trikont liegen im Gegensatz zur Erklärung links-nationalistischer Gruppen dort, oder Autonomer hier nicht so sehr an der „imperialistischen" Infiltration und Propaganda,

sondern vielmehr an den Entfremdungs- und Repressionserfahrungen der Masse der Bevölkerung mit den nachkolonialen staatlichen Strukturen. Vor allem die Bauern, der nach Fanon einzig revolutionären Klasse in den Kolonien, die entscheidenden Träger der nationalen Befreiungskämpfe, wurden nach den Siegen von Algier bis Saigon politisch entmündigt und sozial enteignet. Die gesamte politische Macht wurde von der ökonomisch unerfahrenen intellektuellen Elite oft noch krasser als während der Kolonialzeit in den Hauptstädten konzentriert. Neben den Hauptstadt-Zentralismus treten militärische Apparate, die als Schutz nach außen, vor allem aber als nationale Erziehungsinstitutionen propagiert werden, faktisch aber Unterdrückungsapparate gegen Bauern und Studenten, vor allem aber gegen nationale Minderheiten (Indígenas, Berber, Kurden, Tibeter) waren. Als Drittes ist die von der Linken so falsch eingeschätzte ökonomische Politik, sprich Verstaatlichung, zu benennen. Verstaatlichungen schwächten zwar aggressive Sonderinteressen einzelner Kapitalien - vor allem US-amerikanischer wie United Fruit, ITT, Ölmultis - hatten aber in den betroffenen Ländern vor allem gegenteilige (d.h. repressive) Auswirkungen. Die vorhandene nationale Bourgeoisie wurde von der etatistischen Elite durch Verstaatlichung als politische Konkurrenz ausgeschaltet, oder in die staatliche Ökonomie integriert. Vor allem aber verlor die - im Kolonialismus sozial privilegierte - schwarze oder arabische Arbeiterklasse nicht nur einen großen Teil ihres errungenen Lebensstandes, sondern auch ihre politischen Rechte im Staatsbereich.

Das Ziel einer schnellen und zentralistischen Industrialisierung setzte die umfassende staatliche Regulierung des internen Austausches voraus. Diese Reglierung in Form der Überwachung oder Verstaatlichung des Handels richtete sich verbal zwar gegen Spekulationsgewinne, tatsächlich aber zielte diese Politik auf die staatliche Abschöpfung des Mehrwerts bäuerlicher oder kleinindustrieller Arbeit mittels extrem niedriger Aufkaufspreise. Das Ergebnis dieses nationalistischen „Entwicklungsweges" keineswegs nur links gerichteter Dritte-Welt-Staaten (z.B. auch in der Türkei) sind ineffektive Staatsökonomien, korrupte Eliten, Zerstörung der traditionellen und agrarischen Strukturen und eine extreme Urbanisierung, die in keinem Verhältnis zur urbanen Arbeitskräftenachfrage steht.

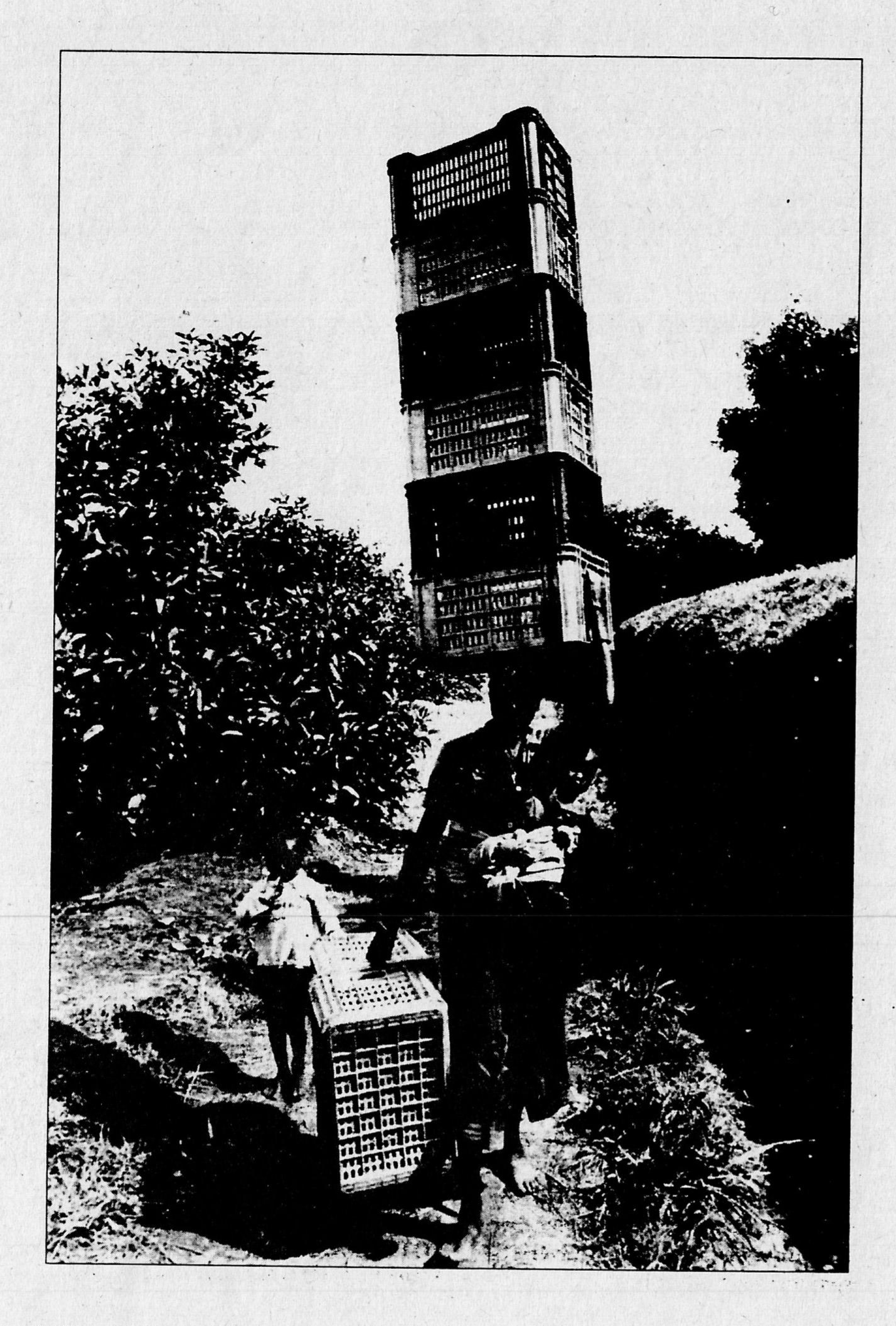


Kein Ende der Kritik an den Metropolen

Die Krise der politisch-ökonomischen Systeme in weiten Teilen des Trikont wirft natürlich die Frage nach der Verantwortung der Trikont-Gesellschaften selbst oder derjenigen, der entwickelten kapitalistischen Länder auf. Dieses Problem hat seine Parallele in der jahrzehntelangen Debatte über die Frage der Schuld am stalinistischen Terror. Heute ist die Linke Entschuldungs-These, die Gewalt in den ehemals sozialistischen Staaten sei hauptsächlich durch die bürgerlich-faschistische Einkreisung verursacht, haltlos geworden. In den ehemaligen Kolonialländern kann dies aber nicht so einfach beantwortet werden wie in Osteuropa. Die Kolonialisierung im Trikont und die damit einhergehende kaitalistische Druchdringung in der spezifischen Form von Raub und Zwangsarbeit ist ein sehr viel gewalttätigerer Prozeß gewesen, als beispielsweise die Kapitalisierung der ländlichen Regionen Osteuropas. Die sogenannte „violencia" in Kolumbien ist ohne die Geschichte des millionenfachen Mordes an den Indianern nicht erklärbar. Die Nachkommen der Konquistadoren beherrschen noch immer die ökonomischen Strukturen Lateinamerikas und prägen weiterhin dessen politische Mentalität. Gleiches gilt für aktuelle Konflikte im vorderen Orient, in Korea oder Südafrika. Andere Länder wie Mosambique oder Angola wurden nach der Unabhängigkeit von CIA oder Südafrika zielstrebig zerstört. Die Barbarei des Kolonialismus wird sich noch in Generationen in Bewußtsein und Alltagsverhalten der ehemals Kolonialisierten auswirken. Andererseits produzieren die demokratischen Bewegungen neues Selbstbewußtsein, wenn sie den eigenen Anteil, das Moment von „selbstverschuldeter Unmündigkeit" in den Mittelpunkt ihres Protestes stellen. Denn allzuoft haben sich die Begründungen der Eliten, Schuld an der sozialen Misere seien die Imperialisten, die Gringos, die Belgier, die Japaner, als propagandistische Rechtfertigung des eigenen Versagens entpuppt.

Die Volksbewegungen für demokratische Verhältnisse und Rechtssicherheit in vielen Regionen des Trikont rufen auch deshalb Verunsicherung in den sogenannten Metropolen hervor, weil sie nachhaltig produzierte Bilder infrage stellen. Die Menschen in Afrika sind eben nicht nur

die armen Opfer, mit deren Schicksal man gefahrlos gegen die hiesigen Verhältnisse polemisieren konnte, im stillen Wissen darum, daß sich dort ohnehin nichts ändere. Die Demokratisierung erscheint vielen Linken als gigantischer Luxus angesichts gut plazierter Filme über Hungersnöte und Analphabetismus. Anderen (z.B. Greenpeace) wären Länder wie Zaire ohnehin als großes Natur-*Disneyland* lieber, statt möglicher demokratischer Gesellschaften. Schließlich sind Konsumgesellschaften nach Ansicht Vieler „radikaler Linker" ja schon aus ökologischen Gründen nur in den Metropolen möglich.



Die Grenzen der Demokratisierung

Bei einer Betrachtung der sozialen Basis der demokratischen Opposition insbesondere in Afrika zeigt sich, daß die städtischen Mittelschichten die hauptsächlichen Träger dieser Bewegung sind. Vor allem die in den letzten 20 Jahren ausgebildeten Akademiker haben infolge der wirtschaftlichen und sozialen Krisen und der Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank, ihre bisher gesichert scheinende berufliche Perspektive im Staatssektor verloren. Gemeinsam mit oppositionellen Fraktionen im Staatsapparat fordern vor allem sie die alte Staatsführung heraus. Den daraus entstehenden bürgerlichen Oppositionsgruppierungen gelingt es zwar zu bestimmten Anlässen große Menschenmassen, vor allem aus den städtischen Unterschichten, auf die Straße zu bringen, doch scheint die längerfristige Bindung, die organisierte Parteienbasis, sehr gering zu bleiben. In den Armutsvierteln entwickeln sich vereinzelt militante Massenaktionen gegen Symbole der Elite (z.B. Villen oder Fahrzeuge), aber gegenwärtig kaum eigenständige politische Orgaisationsformen. Die ländliche Bevölkerung mag zwar mit der Opposition sympathisieren, sie ist aber aufgrund der maroden Infrastruktur und der ihr vollständig fehlenden modernen Kommunikationsmittel wegen nur Zuschauerin einer Auseinandersetzung, die sich auf wenige große Städte beschränkt.

Sollten die demokratischen Veränderungen gelingen, dann wird sich zeigen, ob es sich nur um soziale Verschiebungen innerhalb der herrschenden großstädtischen Eliten handelt, oder ob die neuen politischen Führungen wirklich bereit sind, die sozialen Bedürfnisse der städtischen, vor allem aber ländlichen Unterschichten in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Dies würde radikale Dezentralisierung, lokale und regionale Selbstverwaltung und damit das Ende des Metropolen-Fetischismus der Dritte-Welt-Eliten implizieren.

Asylbewerber gehen nicht nach Greifswald zurück

NORDERSTEDT, 14. November (dpa). Der Versuch der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die Asylbewerber in der Norderstedter Schalom-Kirchengemeinde zur Rückkehr nach Greifswald zu bewegen, ist gescheitert. Nach einstündiger Wartezeit fuhren am Donnerstag vormittag zwei für den Rücktransport bestimmte Busse leer wieder ab. Vor Journalisten erklärte Ralf Stegner, Pressesprecher im Kieler Sozialministerium, anschließend: „Damit ist das Thema Greifswald erledigt." Man akzeptiere die Weigerung der Asylbewerber, nach den Ausschreitungen nicht nach Greifswald zurückzugehen.

IN DER TURKEI HERRSCHT WEITERHIN DIE JUSTIZ DES 12 SEPTEMBER

Der längste Prozeß in der Geschichte der politischen Prozesse und in der Zeit nach dem 12. September-Putsch in der Türkei, der Prozeß mit den meisten "Angeklagten", der Mammutprozeß gegen Devrimci Sol endete am 1. November 1991. Das gefällte Urteil machte erneut deutlich, daß die Zeit des 12. September tatsächlich nicht beendet ist und ihre Justiz noch immer gilt. Das Urteil des II. Militärgerichts und der 1. Armee in İstanbul wurde in Abwesenheit der "Angeklagten" und ihrer Rechtsanwälte verlesen. Die sich in Untersuchungshaft befindlichen "Angeklagten" und ihre Rechtsanwälte protestierten zu Beginn der Verhandlung gegen das Gericht, das ihnen das Rederecht verweigert hatte und verließen den Verhandlungsraum.

Zunächst lautete das Urteil des Militärgerichts, daß 42 Angeklagte zum Tode verurteilt wurden. Diese Strafe wurde aber dann in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Für 553 Angeklagte wurden Haftstrafen zwischen 3 und 36 Jahren verhängt. 11 Jahre nach dem faschistischen Milititärputsch vom 12. September 1980 arbeitet das Militärgericht noch immer nach den Regeln der Kriegsgerichtsbarkeit. Es verurteilt dutzende von Menschen zum Tode oder zu lebenslangen Strafen, hunderte von Menschen zu jahrelangen Haftstrafen und liefert damit den Beweis, daß der Charakter des 12. September-Putsches in der Türkei noch immer aktuell ist.

Der Prozeß gegen Devrimci Sol, die Verfahren der Untersuchungen, die Praxis des Gerichts, die Zahl der Angeklagten, die Länge des Verfahrens und die Urteilssprüche zum Ende des Prozesses legen die Besonderheiten der Zeit nach dem 12. September-Putsch ebenso wie die vielen Zwischenfälle während der gesamten Prozeßentwicklung offen.

In diesem Prozeß wurden aber nicht nur die Praktiken und die Denkweise des 12. September deutlich. Vielmehr wurde trotz der harten Bedingungen in der Gefangenschaft die revolutionäre Überzeugung der Gefangenen verteidigt und im Angesicht des Faschismus kompromißlos weiterentwickelt.

Nach dem 12. September-Putsch wurden gegen Devrimci Sol massive Polizeioperationen gestartet, während tausende von Menschen festgenommen und gefoltert wurden, wurden Hunderte inhaftiert. Am 15. März 1982 eröffnete schießlich das II. Militärgericht der 1. Armee İstanbul diesen Mammutprozeß gegen Devrimci Sol. Zusätzlich wurden die Gefangenen von 1979 in den Prozeß eingeführt und weitere Verhaftungswellen folgten. Im Verlauf der Verhandlungen wurden weitere Devrimci Sol-Verfahren (III.IV.V.VI.VII) diesem Massenprozeß angeschlossen, so daß es zuletzt 1243 Angeklagte in diesem Verfahren gab.

Die Voruntersuchungen zu dem Devrimci Sol-Prozeß wurden ausschließlich unter Anwendung von Folter durchgeführt. Alle Gefangenen, die im Zusammenhang mit diesem Prozeß verhaftet worden waren, wurden ständig gefoltert. Während der Polizeioperationen und der Folterungen in dieser Zeit starben 7 Revolutionäre. Ihre Namen sind: Ahmet KARLANGIÇ, Hayrettin EREN, Selim Mehmet YÜCEL, Selçuk KÜÇÜKÇİFTÇİ, Mustafa IŞIK, Abdullah GÖZALAN und Tahsin ELVAN.

Die meisten Menschen, die bei den Polizeirazzien festgenommen wurden, waren 30 - 45 Tage, teilweise sogar bis zu 90 Tage der Folter ausgesetzt. Obwohl die Junta ständig versuchte, ihre Folterpraxis zu verheimlichen, wurden mehrerere Folterfälle von Ärzten bestätigt. Viele Menschen wurden zu Krüppeln gefoltert. Trotz der Dokumentation dieser Folterungen wurden - außer einigen Scheinverfahren - keine weiteren Untersuchungen durchgeführt. Lediglich in einem Fall wurden die Folterer mit milden Haftstrafen verurteilt, alle anderen Verfahren wurden schnell zu Ende gebracht.

Viele der Angeklagten, die bereits nach ihrer Festnahme verhört und dann ins Gefängnis gebracht worden waren, wurden von dort erneut von der Polizei abgeholt. Angeblich sollten sie erneut verhört werden, doch das war nur ein Argument, die Menschen ein zweites oder auch drittes Mal zu foltern.

In diesem Prozeß wurden alle Anklagepunkte durch Folter erzwungen. 1243 Menschen waren angeklagt, 156 davon befanden sich in Untersuchungshaft. Für insgesamt 285 Personen wurde die Todesstrafe gefordert. Die anderen sollten mit Haftstrafen zwischen 5 und 36 Jahren bestraft werden. Die Verhandlungsführung des Gerichts erfolgte nach den Regeln der Kriegsgerichtsbarkeit. Während der ganzen Verhandlung wurde den Angeklagten das Rederecht verwehrt. Ihre Forderungen wurden ignoriert oder abgelehnt. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurden sie in den Verhandlungsräumen sogar auf Befehl der Richter und Staatsanwälte von den Soldaten angegriffen.

Das einzige Bemühen des Militärgerichts während der Verhandlung bestand darin, die Behauptungen der Staatsanwaltsschaft zu beweisen. Um dieses Ziel zu erreichen, war ihm jedes Mittel recht: Zeugen wurden massiv unter Druck gesetzt, um Angeklagte als "Täter" zu belasten. Akten wurden gefälscht. Das Gericht versuchte das Recht der Angeklagten auf Verteidigung und ihr Rederecht zu unterbinden. Weil sich die Gefangenen während des Prozesses gegen die Umstände des Verfahrens, gegen die Verhörmethoden und andere Repressionen mit Schreiben an das Gericht zu Wehr setzten, wurden gegen sie weitere Verfahren eröffnet, die mit 300 Jahren Haftstrafen endeten.

Sowohl die Staatsanwaltsschaft als auch die Anklagevertreter arbeiteten mit den als Folterer bekantten Direktoren der Gefängnisse zusammen. Alles haben sie unternommen, damit die Folterungen bei Gericht nicht der Öffentlichkeit bekannt werden sollten. Auch mit den Verwaltungsbehörden, deren Folterpraxis bekannt war, arbeiteten sie zusammen. Damit wollten sie erreichen, daß die Gefangenen ihre Verteidigung nicht vorbereiten konnten. Sie weigerten sich, die Verteidigungsreden und -Schriften der Gefangenen entgegenzunehmen und versuchten, die Widerstandsaktionen in den Gefängnissen zu brechen.

Während der wichtigsten Prozeßphasen wurden die Angeklagten für zwei Jahre vom Prozeß ausgeschlossen. Begründung war, daß die Gefangenen es abgelehnt hatten, die Gefängnisuniform zu tragen. Die Verhandlungen wurden ohne die Angeklagten fortgesetzt. Mehrere Male wurden die Angeklagten gewaltsam aus den Verhandlungsräumen entfernt und von der Gerichtsverhandlung ausgeschlossen, weil sie von ihrer Ansicht nicht abwichen und gegen die Folter protestiert hatten.

Die Gefangenen lebten Jahrelang unter menschenunwürdigen Haftbedingungen. Die Angeklagten im Prozeß durften während ihrer Inhaftierung 2.5 Jahre lang (Ende 1983 bis Anfang 86) nicht mit ihrem Rechstanwälten sprechen, keinen Familienbesuch bekommen und der Hofgang war ihnen ebenfalls untersagt. Nach diesen 2.5 Jahren brachten sie die Verbote immer wieder auf die Tagesordnung. Von Anfang 84 bis Ende 85 wurden ca. 200 Gefangenen in dem Sondergefängnis Sağmalcılar für politische Gefangene in Einzelzellen gefangengehalten.

Alle Gefangenen in dem Prozeß lebten während ihrer Haft im Gefängnis unter menschenunwürdigen Bedingungen und Folter. Aus diesem Grund sind heute sehr viele Gefangene krank oder behindert.

Die revolutionären Gefangenen leisteten ständig Widerstand gegen Folter, Unterdrückung und den faschistischen Terror. Sie leisteten Widerstand um die menschenunwürdigen Haftbedingungen zu ändern, um ihre politische Identität und Würde zu wahren. Sie zeigten einen entschlossenen und unbeugsamen Kampf. Jeder Gefangene verbrachte ca. 400 Tage während seiner gesamten Haftzeit in Hungerstreiks. 1984 spitzten sich die Angriffe und die Unterdrückung zu. Aus diesem Grund führten im April bis Juni einige Gefangene ein Todesfasten von 75 Tagen durch. Abdullah MERAL, Haydar BAŞAĞ und Hasan TELCİ, die in dem Prozeß angeklagt waren, starben bei diesem Todesfasten.

Die Devrimci Sol-Gefangenen arbeiteten mit ihrer ganzen Kraft während ihrer Gefängniszeit, um die Mauern des Faschismus zu überwinden und im Kampf draußen teilzunehmen. Sie nutzten die vorhandenen Bedingungen bis zum Schluß aus um ihre Freiheit zu bekommen. Trotz faschistischen Maßnahmen konnten 13 Devrimci Sol-Gefangene in die Freiheit gelangen.

Das Militärgericht arbeitete mit der Gefängnisverwaltung zusammen, um den Widerstand der Devrimci Sol-Gefangenen gegen ihr faschistischen Vorgehen nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Das Militärgericht leitete und fördete die Durchführung der Folter.

Der Devrimci Sol-Prozeß war von Anfang an ein Prozeß, in dem Revolutionäre ihre Gedanken und Aktionen vor dem Faschistischen Gericht auf eine entschlossene Art verteidigten. Die Gefangenen waren nicht die Angeklagten sondern die Kläger. Vom Anfang bis zum Ende des Prozesses zeigten sie bei jeder Verhandlung ihre Haltung zu den wichtigen Ereignissen im Land und auf der Welt. Der Gerichtssaal wurde immer zu einer revolutionären politischen Kampfarena umgewandelt.

Devrimci Sol-Gefangene berichten über ihre Ideologien und Praktiken sehr ausführlich in ihrer gemeinsamen 1573 Seiten langen Verteidigung "Wir sind im Recht wir werden siegen".

Die Haltung und Verteidigung der Devrimci Sol-Gefangenen im Gericht ist ein Beispiel für Entschlossenheit und Glaube. In der Geschichte der politischen Prozesse der Türkei ist das eine beispielhafte Haltung.

Auch die Rechtsanwälte als Verteidiger im Prozeß nahmen im Prozeß nicht nur Platz als Juristen sondern als Revolutionäre. Mit ihrer Verteidigung und ihrer Haltung wurden sie zu Verteidigern der Revolution.

Gegenüber der Verteidigung der Gefangenen und ihrer Rechtsanwälte schob das Militärgericht seine Behauptungen "Wir sind neutral" "Wir sind Juristen" zur Seite und nahm eine offentsichtliche politische Gegenhaltung ein. Es versuchte mit allen Mitteln die Verteidigung zu verhindern. Trotz der Versuche des militärischen Gerichts die Verteidigung zu verhindern, verteidigten sich die Devrimci Sol-Gefangene und ihre Rechtsanwälte in ihren Prozessen. Am Anfang des Prozesses forderte das Militärgericht 280 Todesstrafen, am Ende des Prozesses 180 Todesstrafen. Der Devrimci Sol-Hauptprozeß endete am 1. November mit 42 Todesstrafen und 553 Personen wurden zu 3-36 Jahre verurteilt. Aus verschiedenen Gründen wurden die Todesstrafen in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt und 553 wurden freigesprochen. Unter diesen Personen gab es einige, die 8-10 Jahre gefangen waren. Die Gefängnisstrafen im Urteil dienen dazu, um die Haftzeit zu legitimieren. Andererseits haben die Strafen keine juristische Grundlage. Sie sollten nur die Zeit der Inhaftierung rechtfertigen.

Das Urteil ist ganz offensichtlich politisch. Das Militärgericht beabsichtigt mit dem Urteil, Devrimci Sol zu verurteilen und das Volk und die Revolutionäre einzuschüchtern.

Wenn man den Prozeß von Anfang bis zum Ende genau betrachtet, beginnt er in der Zeit der 12. September-Phase und ist ein Beweis dafür, wie die Herrschenden gegen Revolutionäre und das werktätige Volk einen Krieg ohne Regeln führt.

AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

Der Devrimci Sol-Prozeß ist ein Produkt eines Krieges ohne Regeln, den die Oligarchie gegen die Völker der Türkei führt.

Die Tatsachen dieses Prozesses müssen öffentlich gemacht werden, die Verantwortlichen dieses Urteils müssen benannt werden.

Gegen das Urteil muß von breiten Kräften protestiert werden.

11.11.1991

Mauer um Bungalow des Kanzlers aufgestockt

LUDWIGSHAFEN/BONN, 14. November (dpa). Die Mauer rund um das Privathaus von Bundeskanzler Helmut Kohl in Ludwigshafen-Oggersheim ist um über einen Meter aufgestockt worden. Nach der Aussage einer Sprecherin des Bundespresseamtes vom Donnerstag hatte das Wiesbadener Bundeskriminalamt dem Kanzler die Erhöhung der Mauer auf jetzt vier Meter nahegelegt. Sein Haus mitten in einer Wohngegend sei bisher baulich nicht ausreichend geschützt gewesen.

Hintergrund der Mauererhöhung ist offenbar der Mord an dem ehemaligen Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder im Frühjahr in Düsseldorf.

TEDKAD-KOMİTE

UNTERSTÜTZUNGSKOMITEE MIT DEM REVOLUTIONAREN KAMPF IN DER TÜRKEI UND KURDISTAN

AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Die politischen Gefangenen aus Ankara sind in einer Blitzoperation in die Isolationsabteilung des Eskişehir-Gefängnises verlegt worden. Mit Gewalt wurden sie in Einzelzellen verschleppt und voneinander isoliert. In diesem Gefängnis müssen die Gefangenen sogar einzeln den Hofgang machen, damit sie keinen Kontakt mit den anderen Gefangenen aufnehmen können. Die Angriffe der Regierung haben eine neue Dimension erreicht.

Als Hintergrund für die Verschärfung der Repression im Gefängnis von Ankara ist die Flucht von 2 revolutionären Gefangenen am 2.11.91. Die Gefangenen haben auf die Verschärfung in der Repression in Ankara mit einem Hungerstreik reagiert. Als wären die Verschärfungen nicht genug, hat man die politischen Gefangenen durch eine Operation des Staates in die Isolationszellen des Eskişehir-Gefängnis verschleppt. Während dieser Operation sind viele Gefangene geschlagen, gefoltert und verletzt worden. Die gleichen Angriffe gegen die politischen Gefangenen gab es in den Gefängnissen von Gaziantep und Malatya, von wo aus die Gefangenen ebenfalls in die Isolationszellen des Eskişehir-Gefängnises verschleppt wurden. Wir nehmen an, daß es bei diesen Operationen Schwerverlezte gegeben hat.

Die Gefangenen aus Ankara sind trotz dieser Maßnahmen weiterhin im Hungerstreik. Um das zu unterstützen, haben auch die Gefangenen in Sağmalcılar, Gaziantep und Malatya einen Hungerstreik begonnen.

An die Öffentlichkeit: Die herrschende Regierung der Türkei hat die Wahlen ausgenutzt, um schärfer gegen die revolutionären Gefangenen vorzugehen. Es ist wichtig, die Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit auf diese faschistische Angriffe zu lenken und Maßnahmen dagegen einzuleiten.

11.11.1991

(Ministerpräsident) Başbakan Mesut Yılmaz, Başbakanlık, TR-06573 Ankara/Türkei
Telegramm: =tlx44061= başbakanlık, Ankara/Türkei
Telefax: (0090) 41-170 476, (0090) 42-308 896
Telex: 0607 bbmt tr, 44062 bbmt tr, 0607 44063 bbmt tr; 0607 42099 basb tr, 0607 42875 bbk

TEDKAD-KOMİTE

EA-INFO

hier kurz eine zusammenfassung der festnahmen vom 15.11.91 und 16.11.91:

am 15.11. waren uns 8 festnahmen namentlich bekannt, davon wurden 3 dem haftrichter vorgeführt und wurden aber ohne haftbefehl entlassen.
die bullen hielten an ihrer rassistischen linie fest und liessen lange zeit keine anwältInnen zu den festgenommenen, auch nicht zu den minderjährigen.

am 16.11. sind uns nur 8 festgenommene namentlich bekannt geworden. alle sind ohne vorführung rausgekommen, einige von ihnen wurden bei der festnahme zusammengeprügelt.

hauptsächlich sind türkische leute festgenommen worden, auch am abend des 16.11. wurden ausschliesslich bei türkischen leuten personalienkontrollen und abfilzereien von den bullen durchgeführt.

kalkül ist ja klar; bei sich regendem widerstand sofort mit dem staatlichen gewaltapparat zuschlagen und unterdrücken!

Straßenschlacht in Schöneberg bei Trauerzug für toten Mete

500 türkische Jugendliche lieferten sich gestern nachmittag in der Martin-Luther-Straße (Schöneberg) eine heftige, stundenlange Schlacht mit der Polizei.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war der Trauerzug für den Türken Mete Eksi (19). Der junge Mann war am Mittwoch nach dreiwöchigem Koma an seinen schweren Kopfverletzungen gestorben, die er bei einer Schlägerei zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen am Adenauerplatz (Charlottenburg) erlitten hatte.

In einem Schweigemarsch zogen etwa 6000 türkische und deutsche Demonstranten vom Adenauerplatz zum Rathaus Schöneberg, gedachten des Toten. An der Spitze des Trauerzuges trugen Türken ein großes Foto des toten Mete. Viele Demonstranten hatten sich ein Bild des 19jährigen an die Jacke geheftet. Sie trugen Spruchbänder mit der Aufschrift „Gleiche Menschenrechte für alle" und „Gegen Rassenhaß". Einer der Demonstranten, Nasrin Sanli (49) aus Wedding: „Immer wenn mein Sohn abends weggeht, bete ich, daß ihm nichts passiert."

Schon während des friedlichen Trauerzuges löste sich eine Gruppe jugendlicher Krawallmacher, suchte die Konfrontation mit den 400 Polizeibeamten.

Bereits am Freitagabend hatten sich in Kreuzberg 120 Türken mit der Polizei geprügelt. Bilanz der Straßenschlachten: Ein verletzter Polizist, drei zerstörte Einsatzwagen, viele zerschlagene Fensterscheiben – Schaden: mehrere zehntausend Mark. Die Polizei nahm zehn Chaoten wegen Landfriedensbruch, Vermummung und Körperverletzung fest. jb

Stellungnahme vom Antifa-Infotelefon zum 9.11.'91

Das Antifa-Infotelefon Berlin war am 9. November '91 zwischen 16 Uhr bis ungefähr 24 Uhr (ursprünglich geplant bis 22 Uhr) besetzt und mit wenigen öffentlichen und nichtöffentlichen Infostellen gekoppelt.
Dabei gab es einige zum Teil schwerwiegende Fehler, die von den Infostellen und uns begangen wurden. Der grund ist in der schlechten Vorbereitung zu diesem Tag wie auch in dem Umgang mit Informationen zu suchen.
Der größte Fehler, der uns unterlaufen war, war die Veröffentlichung von und die Mobilisierung zum angeblichen Fackelzug von 100-150 Faschos am Abend. Es war die 2.Fehlmobilisierung vom Antifa -Infotelefon, da am 20. April'90 von uns die Info rausgegeben wurde, daß 300 Faschos an der Potse aufgetaucht seien. Es erwies sich für die Mobilisierten, wie für uns, als Flop! Leider haben wir damals dazu keine Stellungnahme herausgegeben. Dabei war die Herkunft derMeldung -genauso wie jetzt am 9.11.- als Bombensicher einzustufen gewesen und kam außerhalb unserer eigenen Strukturen. Gerade deswegen wollen wir als Antifa-Infotelefon zukünftig genauer darauf achten, mit wem und auf welcher Grundlage wir mit anderen (Antifa-) Zusammenhängen/Gruppen zusammenarbeiten, um solche schwerwiegenden Fehler zu vermeiden.
Zum Vorfall: Angefangen hat die ganze Fehlinformiererei mit der Meldung einer Infostelle um 18 Uhr, daß sich 100-150 Faschos auf dem Marx-Engels-Platz befinden sollten. diese meldung wurde uns als "gesicherte" Meldung weitergegeben, was bedeutet: sie ist hieb und stichfest. erst sehr viel später stellte sich durch Zufall heraus, daß dies nicht stimmte. Es wurde den ganzen Abend davon ausgegangen, daß ein Aufmarsch der Faschos stattfinden würde, zumal vorher Gerüchte von einem fackelzug Samstag abends vom Alex bis Brandenburger Tor kursierten und die Bullen dies nicht dementierten oder sogar bestätigten. Um kurz vor 18 Uhr wurden die kommerziellen Stände am Brandenbrg. Tor geräumt und mehrere Wannen fuhren auf, wie auch später anstatt der Faschos nur Wannen gesehen wurden.
Wir haben wegen der Zeitknappheit bei solchen Aktionen sofort zum Alexanderplatz mobilisiert. Dies war ein Fehler unsererseits, da der Alex bekanntlich sehr groß ist und die Faschos gleich nebenan sein sollten. Wir hätten einen konkreteren Treffpunkt ausmachen müssen!
Was weiterhin geschah,war wie eine unkontrollierte, sich verselbständigende "stille post". Wir bekamen von der Infostelle, die uns die 1.Meldung gab, um 18.30 Uhr die Info, daß vor 5 Min. ein Fackelzug von 150 Faschos in Richtung Brdbrg Tor und dann zur Siegessäule (!?) sich in Marsch gesetzt hatte. Bei späteren Nachfragen ergab sich, daß diese 2. "gesicherte" Meldung angeblich sogar von uns stammen sollte. Da dies nicht stimmt, gehen wir davon aus, daß unsere Weitergabe des Gerüchts (das wir als solches Bezeichnet hatten) vom Fackelzug als wahre Info aufgefaßt wurde.
Nachdem diese "Bestätigung" bei uns eintraf, versuchten wir und eine Infostelle das Antirassistische Zentrum zu warnen, weil es von dem Aufmarsch direkt betroffen hätte sein können. Da aber ihr Telefon zu dem Zeitpunkt nicht besetzt war, wurde dorthin mobilisiert und als ein Auto verfügbar war, dies dahingeschickt.
Wir bekamen den Abend noch weitere Infos über den fiktiven Faschoaufmarsch u.a. von einer anderen Infostelle, daß die Faschos bis Siegessäule gesehen wurden und dort um 20.15 Uhr verschwunden sind. Dies stellte sich im Nachhinein auch als Fehlinfo heraus. Fakt ist, daß am Brdbg Tor den späteren Abend zumindest keine Faschos gesehen wurden und keine Fahrwache den Aufmarsch überhaupt zu Gesicht bekam. Dies wurde uns leider nicht oder falsch vermittelt. Wir hätten vielleicht wegen der langen Zeit (von 18.30 Uhr Marx-Engels-Pl. - 19.40 Uhr Brdbrg Tor) stutzig werden können, aber alle anderen eingetroffenen Meldungen bestätigten uns das Gegenteil, und die bullen taten das ihre zur Unterstützung der Fiktion.
Diese gesamten Ereignisse am 9.11. solltenuns eine Lehre sein, wollen wir uns nicht der Lächerlichkeit und Unglaubwürdigkeit preisgeben. Wir wollen deshalb solche Tage besser vorbereiten, die Infostellen besser kennenlernen und die gemeinsame Basis abklären. Zu Letztgenanntem gehört vor allem der Umgang mit Infos:

Jede eingegangene Meldung (egal von woher!) gehört von den eigenen Leuten überprüft, wobei noch etliche Kriterien berücksichtigt werden müssen (z.B. Zahl, Erscheinungsbild, Einschätzungsmöglichkeiten usw.). Beobachtungen sollten deshalb so genau wie möglich gemacht werden und Nachfragen stand halten. Eine Info sollte (zwischen Infostellen) klar als "gesichert" oder "ungesichert" (Gerücht) eingestuft werden und nur mit "gesicherten" meldungen sollte mobilisiert werden!
Das sind einige beispiele, aber am wichtigsten ist die gemeinsame Grundlage, auf deren Basis einzig eine vernünftige Infostruktur laufen kann. Dies kann nur durch frühzeitige ,ausreichende Zusammenarbeit funktionieren. Deswegen war die schlechte vorbereitung zum 9.11. ohne vorausgehendes gemeinsames Treffen von uns der größte Fehler. Wir haben zu sehr auf Strukturen (von 20.Aprilen) vertraut, welcheso nicht mehr vorhanden sind.

Wir entschuldigen uns bei allen falsch Informierten/Mobilisierten und versprechen , es zukünftig besser zu machen!!!

Antifa-Infotelefon Berlin,16.11.'91

Ihr könnt uns jeden Samstag von 18 -21 Uhr sprechen, ansonsten ist der regelmäßig abgehörte Anrufbeantworter geschaltet. Dort könnt ihr auch aktuelle Termine erfahren. Dazu ist natürlich eure mithilfe gefragt. Also meldet uns außer allen bekannten Faschoaktivitäten, rassistischen, faschistischen, sexistischen Übergriffen auch Aktionen oder Veranstaltungen aus dem Antifabereich.
Übrigens haben wir jetzt unsere 1. gemeinsame Zeitung mit dem Antirassistischen Telefon ZAG herausgegeben. Falls ihr die ZAG nirgends (mehr) bekommt, könnt ihr euch an unsere Postanschrift wenden: Antifa-Infotelefon, c/o Buchladen, Oranienstr.21, 1000 Berlin36. Ihr bekommt dann zumindest die nächste Ausgabe zugeschickt. (Spenden und Porto sind erwünscht!)

Erklärung

**Wir haben in der Nacht vom 13. auf den 14. November 1991 dem Politbullen POM Udo Dorn, wohnhaft im Lindenweg 2 in Eddigehausen bei Göttingen das KFZ samt Carport mit Feuer zerstört.
Udo Dorn arbeitet mit großem persönlichen Engagement im 7. Kommissariat der Polizei Göttingen, der politischen Abteilung des Bullenapparates.
Das 7. Kommissariat steht verantwortlich hinter Einsatztaktik und Zielen des ZSK (Ziviles-Streifen-Kommando).
Es bildet den Knotenpunkt für alle Schnüffeleien und Terroraktionen der Politbullen in Zivil, analysiert politische Tendenzen der Szene und führt ein langes Personenregister politisch aktiver Menschen.
Das ZSK existiert zur Ausleuchtung und Unterdrückung des linksradikalen Widerstandes im Bereich Göttingen.Ähnliche Kommandos existieren aber in allen relevanten Städten der BRD.
In Göttingen gipfelte der Terror von 7.K und ZSK im Tod von Conny am 17. November 1989.
Udo Dorn ist eins von diesen Schweinen, unter anderem wollte er Leute aus der Szene vor einiger Zeit unter Anbietung größerer Geldsummen zum Bespitzeln und Denunzieren anwerben.
Er hat sich damit besonders mies hervorgetan.**

- Bullen paßt auf !

Autonomes Kommando POMPOM


SCHWEIGEN ist
MITSCHULD











Berlin,16.11.91 Demo von 8000-10000 wg. Ermordung des türkischen Jugendlichen Mete Eksi



FILM IM EX

»DIE PARTISANEN VON WILNA«

USA 1985

Zu diesem Film

PARTISANS OF VILNA ist ein abendfüllender Dokumentarfilm, der den jüdischen Widerstand im 2. Weltkrieg erforscht. Er erzählt die unsägliche Geschichte der jüdischen Jugendlichen, die im Wilnaer Ghetto den Widerstand organisierten oder als Partisanen in den Wäldern gegen die Nazis kämpften. Der Film enthält vierzig Interviews mit ehemaligen Widerstandskämpfern in hebräisch, jiddisch und englisch, aufgenommen in Israel, New York, Montreal und Wilna sowie Archivmaterial aus den Jahren 1933 - 1944.



Führerinnen von Partisanenabteilungen nach der Rückeroberung von Minsk, 1944

24. NOV. 19 !! UHR

Josh Waletzky und Aviva Kempner über ihren Film:

Trotz der jüngsten Welle von Filmen über den Holocaust wurde die zentrale und schwierige Frage des jüdischen Widerstandes, von der Darstellung des bekanntesten Widerstandes, des Aufstandes im Warschauer Ghetto einmal abgesehen, bisher so gut wie nie thematisiert. Doch wenn die weniger bekannte Geschichte des organisierten jüdischen Widerstandes nicht festgehalten wird, wird die Welt nie etwas darüber erfahren.

Inmitten von Gleichgültigkeit und Feindseligkeit gab es diesen Kampf um die jüdische Identität und das Überleben – in den Ghettos, den Wäldern und in den Konzentrationslagern.

Der erste Aufruf zum organisierten jüdischen Widerstand erfolgte im Dezember 1941 im Wilnaer Ghetto, wo sich ein vereinter bewaffneter Untergrund formierte. Im September 1943, als das Ghetto liquidiert wurde, hatten sich zahlreiche dieser jüdischen Untergrundkämpfer bereits den Partisanenverbänden der Umgebung angeschlossen. Die Mehrheit der Partisanen waren Juden.

Warum Wilna?

1. Wilna war ein Zentrum des jüdischen Lebens und die Wiege des jüdischen Denkens. Man nannte es auch das 'Jerusalem von Litauen'.

2. Die internen Auseinandersetzungen und Kämpfe des organisierten jüdischen Widerstandes in Wilna sind beispielhaft auch für die Probleme in anderen Ghettos.

3. Die Wilnaer Region war Schauplatz heftigster antifaschistischer Kämpfe, bei denen die Juden eine wichtige Rolle spielten.

4. Das Wilnaer Ghetto brachte bemerkswerte Zeugnisse seiner Vitalität und Standhaftigkeit in Form eines Lieder, Gedichte, Tagebücher und Kunstwerke umfassenden kollektiven Selbstportäts hervor.

5. Einige der bedeutendsten aktiven Partisanen aus dem Wilnaer Ghetto und den umliegenden Regionen sind noch am Leben und bekennen sich unverbrüchlich zu ihren Wilnaer Wurzeln.

In den Dekaden vor Ausbruch des 2. Weltkrieges spielte die jüdische Gemeinde von Wilna eine führende Rolle im sozialen, kulturellen und politischen Leben der Juden Osteuropas. Jiddische Literatur und jiddisches Theater erlebten hier eine Blüte. Jiddische und hebräische Bücher und Zeitschriften wurden in Wilna verlegt.

Jüdische Jugendliche strömten scharenweise zum Studium nach Wilna. Sie füllten auch die Reihen der Jugendverbände der diversen politischen Parteien jener Tage, die später eine Schlüsselrolle in der Organisation des jüdischen Widerstandes einnehmen sollten.

Die erste Massenexekution von Juden ereignete sich in Litauen nach dem Einmarsch der Deutschen in die Sowjetunion 1941. Deutsche Sondereinheiten, sogenannte 'Einsatzkommandos',

waren zusammen mit litauischen Einheiten mit der Durchführung des Massakers beauftragt worden.

Innerhalb von sechs Monaten nach der Besetzung Wilnas wurden allein in Ponary, einer unweit von Wilna gelegenen Stätte, Zehntausende jüdischer Bürger dieser Stadt ermordet. Die verbleibenden Wilnaer Juden wurden in ein in der jüdischen Altstadt befindliches Ghetto gepfercht und zur Fronarbeit verpflichtet. Diese grauenhaften Bedingungen führten weithin zur Demoralisierung und Desorientierung der jüdischen Bürger.

Der jüdische Widerstand

Gleichzeitig aber erstarkte vor allem bei den Jugendlichen der Wille zum aktiven Widerstand. Als die Nazis 1939 in Polen einfielen, suchten zahlreiche Führer der jüdischen Jugendbewegungen Zuflucht in Wilna. Sie waren jung, unverheiratet und mußten nicht für den Unterhalt und die Sicherheit einer eigenen Familie sorgen. Es kam zu hitzigen Debatten über die Frage, wie man der deutschen Okkupation begegnen und ob man Wilna aufgeben solle. Manche kehrten nach Polen zurück, wo sie später zu den Führern des Untergrundes in Warschau und Bialystock gehörten, andere gingen in die Wälder und schlossen sich den Partisanenverbänden an.

Die, die in Wilna blieben, beschlossen zum Widerstand gegen die Nazis aufzurufen. Dieser Aufruf führte zur Bildung der *Fareynikte Partizaner Organizatsie* (Vereinigte Partisanenorganisation) F.P.O. Folgende Parteien traten ihr bei: die 'Ha-Shomer ha Za'ir', die 'Ha-No' ar ha-Ziyyoni' 'Betar', die Kommunisten und später der 'Bund'. Der Führungsrat der F.P.O. setzte sich zusammen aus Delegierten dieser Gruppierungen.

Die vordringlichste Aufgabe der F.P.O. war die Rekrutierung von Mitgliedern. Die ersten kamen aus den Reihen der Jugendbewegungen, die für bewaffnete Untergrundaktionen qualifiziert waren. Eine andere vordringliche Aufgabe war die Einrichtung eines Kurierdienstes zu anderen Ghettos, um den Widerstand gegen die Nazis zu propagieren. Zu diesem Zweck wurden Delegationen nach Warschau, Bialystock und Kowno entsandt.

Dilemmas

Kennzeichnend für die Kluft zwischen dem Willen zum Widerstand seitens der F.P.O. und der Wirklichkeit waren folgende Fragen: Was war mit den zigtausend verschwundenen Juden geschehen? Waren sie alle in Ponary ermordet worden? Was würde mit den übrigen Wilnaer Juden geschehen? Sollte der Widerstand versuchen, möglichst viele Leben zu retten oder um jeden Preis die jüdische Ehre verteidigen? Würde man auf materielle Hilfe oder moralische Unterstützung von außerhalb rechnen können? Würde es dem Widerstand gelingen, die in Angst und Schrecken versetzte Bevölkerung für sich zu gewinnen? Könnte die F.P.O. die moralische Verantwortung für Aktionen übernehmen, die zwangsläufig Vergeltungsmaßnahmen der Nazis nach sich zögen? Könnte ein Kampfverband aus den Reihen von dafür nicht ausgebildeten jüdischen Jugendlichen aufgebaut werden? Sollte man das Ghetto zum Kampfschauplatz machen oder Stützpunkte in den umliegenden Wäldern errichten?

Jüdischer bewaffneter Widerstand in der Wilnaer Region

Zehntausende von jüdischen Frauen und Männern kämpften als Partisanen in der Wilnaer Region. Einige hatten sich ihnen unmittelbar nach der faschistischen Okkupation angeschlossen, andere, wie die F.P.O., nach der Liquidierung der Ghettos.

Kultureller und geistiger Widerstand

Als Ausdruck ihres geistigen Widerstandes betrieben die Ghettobewohner Krankenhäuser, Kantinen, Schulen und hielten Gottesdienste ab. Auch das kulturelle Leben wurde im Ghetto fortgesetzt und umfaßte u.a. Theater- und Musikaufführungen, Vorträge und Kunstausstellungen.

Überlebende des Widerstandes

Abba Kovner, der Autor des ersten Aufrufs zum Widerstand und Führer der F.P.O. sowie einer Partisaneneinheit, ist ein berühmter israelischer Dichter und der spiritus rector des Diaspora-Museums in Israel. Abraham Sutzkever, ebenfalls ein ehemaliger Partisan, gehört heute zu den führenden jiddischen Dichtern und ist Herausgeber der jiddischen Literaturzeitschrift 'Die Goldene Keyt' (Die Goldene Kette), die in Israel verlegt wird. Zahlreiche andere bekannte Mitglieder des Widerstandes im Wilnaer Ghetto sowie Partisanen aus der Wilnaer Region kommen gleichfalls in diesem Film zu Wort. Darunter Vitka Kempner, die als Mitglied der F.P.O. die erste Sabotageaktion durchführte; Rozka Korchak, ebenfalls zur F.P.O. gehörig, die über das Leben in der F.P.O. Tagebuch führte und diese Berichte später als Buch veröffentlichte; Nisson Resnick, einer der Gründer und Führer der F.P.O.; Isaak Kowalski, der als F.P.O. Mitglied eine Druckerei im Untergrund aufbaute und ein Buch über die F.P.O. schrieb; Chajka Grossman, ein Kurier der F.P.O. zwischen den Ghettos, beteiligt am Aufstand von Bialystock und später Mitglied der Knesset; Yitzhak Arad, ein Partisan aus der Wilnaer Region, dessen Dissertation über das Wilnaer Ghetto als Buch erschienen ist und der heute in Israel der Yad Vashem vorsitzt, u.v.a.

Conclusio

Wilna, das 'Jerusalem von Litauen', gibt es nicht mehr. Zehntausende seiner Bürger wurden von den Nazis ermordet, das blühende kulturelle Leben zerstört. Die Geschichte des Widerstandes in Wilna ist ein Spiegel der kulturellen, geistigen und politischen Vitalität dieser außergewöhnlichen jüdischen Gemeinde, die einzig in der Erinnerung der Juden fortbestehen wird.

Der bewaffnete Widerstand war *ein* Weg, für den die Juden – als Reaktion auf die Nazipolitik der Vernichtung – sich entschieden. Dieser Weg war nicht immer möglich, oftmals erfolglos oder fatal.

Die Einsichten und Gedanken der überlebenden Widerstandskämpfer, ihr Widerstand in dieser tragischen Zeit, wirft ein Licht auf das universelle Dilemma, wie Menschen unter unmenschlichen Bedingungen die Verantwortung für ihr Leben übernehmen können, wenn die Aussichten, die ihnen bleiben, buchstäblich hoffnungslos sind.

*

Herbst 1943: Die Schlacht, die nie geführt wurde

In der ersten Septemberwoche werden erneut Juden deportiert. Die F.P.O. mobilisiert ihre Mitglieder und formiert Bataillone. Sie ruft zum Kampf auf, muß aber erkennen, daß das Ghetto ihrem Aufruf nicht folgt. Die Deutschen beginnen das Ghetto ohne sonderlichen Widerstand zu liquidieren. Am 23. September 1943 ist das Wilnaer Ghetto liquidiert. Zahlreichen F.P.O. Mitgliedern gelingt es noch, durch die Kanalisation aus dem Ghetto zu fliehen und sich mit Hilfe von weiblichen Kurieren zu den Partisanenstützpunkten in den Wäldern durchzuschlagen. Nur F.P.O. Mitglieder nehmen diesen Weg – Familienangehörige bleiben zurück. Einige Mitglieder werden gefaßt und gehenkt.

Winter 1943 - 44: Kampfschauplatz in den Wäldern

Die Mitglieder der F.P.O. schließen sich den Partisanenverbänden in den umliegenden Wäldern an. Sie beteiligen sich an wichtigen Sabotageaktionen, bringen Züge zum Entgleisen – ihre wirksamste Waffe gegen die Nazis – u.a. Sie sind gezwungen, sich gegenüber den nicht-jüdischen Partisanen als jüdische Kämpfer zu beweisen. Besonders die jüdischen Frauen müssen ihre Kampfkraft unter Beweis stellen. Eine Zeitlang bildeten sie eigene jüdische Kampfeinheiten, die später jedoch mit anderen nicht-jüdischen Einheiten zusammengelegt werden.

Sommer 1944: In den Ruinen des jüdischen Wilna

Wilna ist von der Roten Armee und den Partisanen befreit worden. F.P.O. Mitglieder suchen die versteckten Dokumente und andere Zeugnisse zu bergen. Sie schmieden Pläne für die Zukunft. Die meisten F.P.O. Mitglieder und Partisanen gehen nach Polen. Dort treffen sie Vorbereitungen für ihre Übersiedelung nach Israel oder den USA.

Kritik

PARTISANS OF VILNA ist ein bewegender und notwendiger Film, denn diese Dokumentation des Widerstandes gegen die Naziherrschaft beschreibt ein faszinierendes Kapitel aus der Schreckensgeschichte des Holocaust. Er beleuchtet anhand von 40 Interviews mit Überlebenden den jüdischen Widerstand im Untergrund am Beispiel des Wilnaer Ghettos. Archivmaterial ergänzt ihre Erzählungen und Berichte, die inzwischen bekannt, aber aus dem Munde dieser besonderen Zeugen höchst schmerzlich sind. Nach einer ausführlichen Darstellung dessen, wie der Widerstand seine Kommandogruppen, die Sabotageakte gegen die Nazis verübten, formierte, folgt der niederschmetternde Bericht von Abba Kovner, der u.a. von seiner Mutter erzählt, die ihn einst in ihrem Versteck aufsuchte, um ihn zu fragen, was sie machen solle. Die Grundsätze der Geheimhaltung und Disziplin ließen es nicht zu, sie in das Versteck zu holen, und er wußte auf ihre Frage keine Antwort. Sein Eingeständnis, daß die Unfähigkeit, mit dem Problem auf einer persönlichen Ebene umzugehen, die Heldentaten des Widerstandes überschatten, macht jeden Zuschauer verstummen. Der Film ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte und sollte auch außerhalb der Kinos aufgeführt werden.

– Kaja, in: Variety, N.Y., 23. 10. 1985

Zeittafel

1. September 1939	Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen, Beginn des 2. Weltkrieges
19. September	Besetzung Wilnas durch sowjetische Truppen
22. Juni 1941	Deutscher Überfall auf die UdSSR
24. Juni	Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Wilna
2. Juli	Das Einsatzkommando 9 (EK 9) der Einsatzgruppe A kommt nach Wilna
3. Juli	Ausgehverbot für Juden von 18 - 6 Uhr Einführung des Gelben Sterns
4. Juli	Gründung des Judenrats
4. - 20. Juli	Erste 'Aktion': Massenerschießung durch EK 9 in Ponary (5.000 Opfer)
1. August	Einrichtung einer deutschen Zivilverwaltung
9. August	Ablösung von EK 9 durch EK 3
2. September	Massenerschießung von 3.700 Juden, darunter der gesamte Judenrat als 'Vergeltungsaktion' für ein angebliches Attat
6. September	Einrichtung von zwei Ghettos
12. September	Zweite 'Aktion' (3.334 Opfer)
17. September	Dritte 'Akton' (1.271 Opfer)
3. - 21. Oktober	Vierte 'Aktion' (6.496 Opfer)
13. Oktober	Verordnung über die Konfiszierung jüdischen Eigentums
24. Oktober	Auflösung des 2. Ghettos. Ausgabe von 3.000 gelben Arbeitsbescheinigungen. Alle Juden ohne Arbeitsbescheinigung werden erschossen.
22. Dezember	Abschluß der fünften 'Aktion' (7.110 Opfer)
31. Dezember	Gesamtzahl 1941: 27.000 Opfer Versammlung der jüdischen Widerstandsbewegung in Wilna verabschiedet einen Aufruf 'Greift zu den Waffen!'
21. Januar 1942	Gründung der Vereinigten Partisanenorganisation (FPO), in der sich die verschiedenen Parteien zusammenschließen. Vorsitzender wird der Kommunist Izhak Wittenberg. Zielsetzung: Vorbereitung des bewaffneten Widerstands für den Fall der Liquidierung des Ghettos; Durchführung von Sabotageakten, Unterstützung des Kampfes der Roten Armee
5. Februar	Geburtenverbot für Juden im Ghetto
31. Januar	Bericht des Leiters der Einsatzgruppe A, Franz Stahlecker, an Himmler meldet die Ermordung von 229.052 Juden in den baltischen Staaten.
26. Juli	Erschießung von 84 arbeitsunfähigen alten Leuten.
23. Oktober	Erschießung von 406 Alten und Kranken.
25. März 1943	Auflösung von fünf kleinen Ghettos in Wilna-Land
5. April	Erschießung von 4.000 Juden aus diesen Ghettos in Ponary.
8. Mai	Litauische, polnische und jüdische Widerstandsorganisationen gründen das Antifaschistische Komittee von Wilna
14. Mai	Vermauerung der Ghetto-Tore
19.Sept.-16.Mai	Aufstand und Vernichtung des Warschauer Ghettos
11. Juni	Himmler befiehlt die Liquidierung aller polnischen Ghettos, am
21. Juni	auf die gesamte UdSSR ausgedehnt
8. Juli	Die Sicherheitspolizei verlangt die Auslieferung von Izhak Wittenberg. Er wird von litauischer Polizei verhaftet, kann aber fliehen
16. Juli	Wittenberg stellt sich und begeht Selbstmord.
5. August	Beginn der Transporte in die Konzentrationslager Estlands
1. September	SS umstellt das Ghetto und fordert die Auslieferung von 5.000 Juden zum Transport nach Estland. Es kommt zum bewaffneten Kampf
2. September	Die SS zieht sich zurück. Die jüdische Hilfspolizei selektiert 5.000 Menschen und liefert sie aus
7. September	Die FPO zieht sich in die Wälder zurück und setzt von dort aus den Kampf fort.
23. September	Endgültige Liquidierung des Ghettos von Wilna. Von den verbliebenen 10.000 Bewohnern können sich 2.000 verstecken, 3-4.000 Personen werden in die estnischen KZs deportiert, 4.-5.000 Frauen und Kinder in Majdanek vergast. Mehrere hundert Alte und Kranke werden in Ponary erschossen. Das Ghetto wird vollständig zerstört.
14. Oktober	Himmler gibt in seiner Posener Rede die Ausrottung zu
15.-19. Dez.	Erster Prozeß gegen deutsche Kriegsverbrecher in Tscharkow
6. Januar 1944	Die Rote Armee stößt nach Weißrußland vor
15. März	Sowjetische Truppen überqueren den Bug
23. Juni	Beginn der großen sowjetischen Offensive
7. Juli 1944	Die Rote Armee erobert Wilna zurück. Sie findet noch 600 überlebende Juden, die sich in der Kanalisation versteckt hatten.

(Nach zeitgenössischen Quellen zusammengestellt)

Neun Verletzte nach Auseinandersetzungen mit Rechten

Königs Wusterhausen. ADN Neun Verletzte gab es am Sonntag nachmittag bei einem Überfall von etwa 25 Vermummten mit Baseballschlägern und Pflastersteinen auf dem Bahnhof Königs Wusterhausen. Die Angreifer schlugen los, als etwa zehn bis 15 Teilnehmer einer von Rechten auf dem Soldatenfriedhof Halbe organisierten Gedenkveranstaltung zur Weiterfahrt mit der S-Bahn auf dem Bahnhof umsteigen wollten. Bei der nur wenige Minuten dauernden Auseinandersetzung gingen auch S-Bahn-Scheiben zu Bruch. Die Angreifer flüchteten in Richtung Zeesen. Keiner der Verletzten erstattete Anzeige. Die Polizei leitete trotzdem sofort eine Fahndung ein.

An der Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Halbe, auf dem hauptsächlich deutsche Soldaten beigesetzt sind, die in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges im Kessel um Halbe fielen, hatten am Sonntag mittag etwa 650 Personen teilgenommen. Teilnehmer waren unter anderem Mitglieder der „Deutschen Kulturgemeinschaft" und der Wiking-Jugend. Zur Verhinderung von Gewalt waren örtliche Einsatzkräfte, Bereitschaftspolizisten und Spezialkräfte der Polizei aufgezogen. Sie stellten eine Kranzschleife mit SS-Runen sicher und nahmen eine Anzeige wegen öffentlicher Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf.

19. November

Sanidiskussion:

Schon vor der Hoyerswerdademo machten wir uns Gedanken über Sinn und Unsinn, Zweck und Inhalt unserer Tätigkeit auf Demos und anderswo. Da die " Szene" und damit auch "die Sanigruppe" sich im Lauf der Jahre immer neu zusammenwürfelt, hielten wir es für nützlich, einige Punkte zur Diskussion zu stellen.

Wir wollen - gemeinsam mit allen, die was gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen haben - antreten gegen Faschismus und bürgerliche Demokratie, weil sie die aktuellen Organisationsformen kapitalistischer Ausbeutung sind.

Das Wissen, das wir uns aneignen mußten, um in den Charaktermasken bürgerlicher Berufe - Krankenschwestern, Sanitäter, Ärzte usw. - im Dienste am Kapital zu malochen, wollen wir im Kampf gegen die Verwertungsgesellschaft einsetzen.

"Gewaltfreie" Demonstranten haben sich schon eindeutig f ü r Gewalt entschieden, nämlich für die einzig herrschende, die staatliche Gewalt. Sie treten somit auf als Staatsbürger "ihres" Staates. Entweder man kann sie darüber aufklären, daß sich die Bewegungsgesetze des Kapitals, auch unter demokratischer M i t bestimmung, einen Scheißdreck um "ihre" Bedürfnisse drehen, - oder man läßt sie anderswo demonstrieren.

Militanz diskutieren wir nur unter dem Gesichtspunkt, ob sie ihren Zweck erreicht hat oder nicht. Der Zweck bestimmt die Mittel. 'Militant zu sein' s e l b s t als Zweck gehört in den Bereich der Geschmacksachen. Manche hören lieber Musik oder fahren gerne Fahrrad.

Ursprüngliches Ziel der Sanigruppe war es, sich selbst überflüssig zu machen. Leute, die in gewaltsame Auseinandersetzungen mit dem Staat geraten, sollten allmählich das können, was wir auch machen, nämlich sich selbst erstversorgen können, um nicht sofort Behandlungsobjekte staatlicher Institutionen und Hilfsorganisationen zu werden. Deshalb bieten wir Erste-Hilfe Kurse an.

KLEIN, ABER RICHTIG!

Kapital? Selbstverwertung des Werts, sozialer Inhalt und Zweck kapitalistischer Gesellschaften.

Wert? was an abstrakt-gesellschaftlicher Arbeit in einer Ware oder Arbeitskraft drinsteckt. Hat mit der Nützlichkeit des Dings nichts, aber auch garnichts zu tun.

Preis? ergibt sich auf dem Tauschmarkt, pendelt um den Wert.

abstrakt-gesellschaftliche Arbeit? die eine Seite des Doppelcharakters jeder entlohnten Arbeit zur Erzeugung von Kapital, der gesellschaftliche Charakter der nützlichen Arbeit. Hat mit der Nützlichkeit der Arbeit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Geld? geronnene Arbeitszeit, tot, kein Gebrauchswert, vermittelt den gesellschaftlichen Kontakt der Leute untereinander. Zweck der Arbeit ist es, Geld zu verdienen. Kommt täglich zur Geltung durch ein phänomenales Abstraktionsvermögen der Käufer und Verkäufer.

Unterdrückung? Solange alle mit Freude Geld verdienen, ist Unterdrückung kaum nötig. Falls doch, ist Unterdrückung mit Hilfe von BGB und StGB so raffiniert und brutal wie überall.

Produktivkraft: Was an Produktionsmitteln, nützlichen Maschinen, Infrastruktur, know-how der Leute, die angewendet werden sollen, in einem Nationalstaat so rumsteht und vorhanden ist. Hat nichts mit der Versorgung der Menschen mit dem, was sie brauchen zu tun.

Sanibinde und Sanilätzchen sollen nur praktische Bedeutung haben: besser gesehen zu werden, wenn's kracht. Um eventuell einen Vorteil gegenüber den Bullen für die Versorgung von Verletzten herauszuschlagen, gibt es den Konsens der Gruppe, daß sich eine - wenn sie das Sanizeichen dabei hat - juristisch möglichst nichts zuschulden kommen lassen sollte.

Wir wollen nicht das Alternativ-DRK spielen, das bei jeder Demo, egal um was es dabei geht, angesprungen kommt, um Leute zu verbinden. (dann könnten wir uns auch bezahlen lassen).

Wir wollen nicht, daß das Sanizeichen auf Demos mehr als die obengenannte praktische Bedeutung hat, d. h. selbst - oder fremdernannte Ordnerzuständigkeiten stecken in dem Sanizeichen nicht drin.

Spießermentalität macht sich auch unter Revolutionären breit, wenn "die Inhalte" aus den Augen rücken, soweit, daß man schließlich "nach den Sternen" greifen will, obwohl man eigentlich nicht mehr zu sagen hat als "wir sind trotzdem da!". Die objektiven Lebensbedingungen müssen nicht mehr erklärt und ihre Gründe nicht mehr beseitigt werden, weil man sich recht und schlecht in ihnen zurechtfinden w i l l. Man legt sich dazu eine Idendität zurecht und gefällt sich fortan "als" Sani, Kämpfer, Szenefunktionsheinz. Das Gejammere um die mangelnden "Inhalte" bildet die Begleitmusik zum Spektakel.

Ein Grund für das Desinteresse an der Erklärung u n s e r e r Lebensbedingungen ist, daß es für viele, auch Linke, einfach nicht notwendig ist. Wer mit der Überlegung a r g u m e n t i e r t, daß es uns angesichts von Hunger und Totschlag in armen Ländern ja "saugut" geht, hat keinen Anlaß zu radikaler Kritik, d. h. sich das Wissen über's Kapital anzueignen. Er/Sie kann sich damit begnügen, stets Grausamkeiten und Schweinereien dieser geheimnisvollen Macht aufzuzählen, sie ihr als solche anzukreiden und sich schließlich über die eigene "Symptomkuriererei" aufzuregen.

Solidarität: Wie absurd, wenn das durch fette Mästung priviligierte linke Arbeitsvieh im Stall der reichen Weltmarktnationen seine Hilfe für die verhungernden Mitschweinchen nicht mehr damit begründet, den Stall sprengen zu wollen, sondern sich darüber aufregt, daß da welche verhungern müssen, weil sie nicht mehr für die Vernutzung gebraucht werden.

Billigproduktion: findet aufgrund der hohen Produktivkraft in hochindustrialisierten Ländern statt. Dort wird die große Masse an Kapital investiert und verwertet. (s. Handelsblatt). Arme Länder verkaufen auf dem Weltmarkt das, was sie haben: Natur und Rohstoffe. Die Auslagerung von Teilfertigungen in diese Länder lohnt sich fürs Kapital immer weniger, weil es zu teuer ist. Die Tendenz ist rückläufig. (s. Handelsblatt)

Lohn? Mittel zum Ausschluß von gesellschaftlichem Reichtum, Wert der Arbeitskraft. Weil sich der Lohnarbeiter alles leisten darf, sich aber nicht alles leisten kann, kauft er sich das, was er sich leisten muß. Dabei wird er von der Sorge diktiert, die Quelle seines Reichtums, d. h. seine Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Die Lohnhöhe ergibt sich aus den Tarif"kämpfen"

Freiheit? z. B. die Freiheit, einen Arbeitsvertrag einzugehen,um sich am Eigentum anderer nützlich zu machen. Freiheit von allen Produktionsmitteln, und damit Freiheit von der Verfügung über gesellschaftlichen Reichtum. Freiheit von der Verfügung über Wohnraum und Nahrung beinhaltet das Recht, sich diese via Lohn allmonatlich zurückkaufen zu dürfen.

Existenzrecht? gesellschaftlich gesichert durch die Größe der Geldbörse. Um niemand dem Geschäftemachen zu entziehen, ist jedem Mitglied eines demokratischen Nationalstaates ein kleiner Betrag darin gesichert, den er auch einklagen darf und soll.(z. B. Wohngeld in den neuen Bundesländern) In armen Ländern der Erde haben Menschen kein Existenzrecht; sie verhungern.

Natürlich weiß jeder, daß das Beispiel hinkt. Stall, Vernutzung, Schädigung sind nicht so leicht auszumachen in unseren Gefilden wo Freiheit und Demokratie herrschen.Um wirklich unserem Interesse, das Kapital aus den Angeln zu heben, nachkommen zu können - und aus d i e sem Interesse entsteht die Solidarität mit den Geschädigten - müssen wir wieder viel Zeit und Arbeit darauf verwenden, die richtigen Erklärungen für u n s e r e tägliche Schädigung zu finden. Wir müssen wieder antworten können auf die schlichten Fragen; was ist Kapital, was ist bürgerliche Demokratie, Pressefreiheit, Menschenrechte, Privateigentum, was ist Geld, was Lohn, was sind Sozialversicherungen, was ist der Staat und seine Gewalt. Dabei geht es um Ursache, Zweck und Verlaufsform dieser Bedingungen zur Erzeugung von Kapital. Es ist klar, daß es dabei nicht um die statistische Verrechnung oberflächlicher Zahlenmaterialen geht, die das kapitalistische Geschäft massenweise produziert; das sollen Studenten an den Unis in den 'empirischen Wissenschaften' lernen. Es geht um die nachvollziehbar richtige Erklärung. Die Sprache muß dafür - wie Militanz - so klar und deutlich sein, daß jeder es verstehen kann.

Weder die Revolution noch der Faschismus stehen uns für übermorgen ins Haus. Die Einschätzung großer Teile der Politszene, wo sich Sprüche wie "wir haben '33" und Sprüche wie "der Kapitalismus steht nur noch auf ganz wackligen Beinen, es brennt und brodelt schon überall" trotz ihrer Widersprüchlichkeit glänzend nebeneinander behaupten können, teilen wir nicht. Kapitalistische Verwertung wird z. Zt mit Erfolg und weltweit in seiner pluralistisch-parlamentaristischen, demokratisch-freiheitlichen Herrschaftsform organisiert und nötigenfalls mit Gewalt durchgesetzt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß demokratisch organisierte Nationalstaaten anderen einschlägigen Gesellschaftsformationen an Brutalität und Menschenvernichtung in nichts nachstehen müssen. Um über Greuel zu reden, muß nicht jedesmal das Wort faschistisch bemüht werden, um die höhere Legitimation für deren Verurteilung zu liefern.

Zum Thema "aktueller Faschismus/Neonazis" fällt uns zur Zeit nur was pragmatisches ein : "haut die Glatzen und ihre Chefs, wo immer sie auftreten, bis..." und lassen wir uns bloß nicht erwischen dabei.

Sanigruppe

Menschenrecht? Definiert Menschen zu Rechtspersonen; Vorraussetzung fürs kapitalistische Geschäft, beinhaltet vor allem das Recht auf Privateigentum, das geschützt wird; wird vom Kapital weltweit, wenn nötig mit Gewalt, durchgesetzt, in Notlagen außer Kraft gesetzt; wird von Staatsidealisten eingefordert.

Privateigentum? Hier ist nicht das Privateigentum an einer Zahnbürste gemeint, sondern die gesellschaftliche Trennung zwischen Eigentümern an Produktionsmitteln und welchen, die das Verfügungsrecht über ihre Lebenszeit und damit über ihr Arbeitsvermögen zugeteilt bekommen haben.

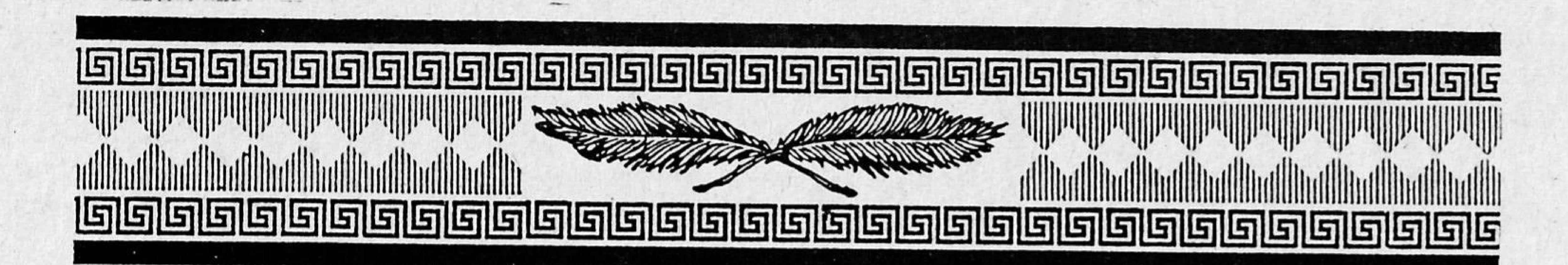
Gleichbehandlung? rechtliche Gleichbehandlung der Privateigentümer garantiert die Klassenunterschiede. Ähnlich wie in der Schule: wer mit weniger Intelligenz ausgestattet ist bekommt einen anderen Platz zugewiesen im Berufsleben, um was zu "leisten". Gerechte und effektive Konkurrenz.

gesetzliche Krankenversicherung? Beweis dafür, daß der Staat weiß, daß Arbeit der Gesundheit schadet.Beweis dafür, daß der Staat weiß, daß der Lohn nicht ausreicht, um eine Gesundheitsversorgung zu bezahlen, weshalb er per Zwang was vom Lohn abzieht.

Gesundheitsversorgung: Krankenhaüser haben den gesetzlichen Auftrag, wie Fabriken zu arbeiten: Kalkulation nach Profit und Verlust. Ziel: Wiederherstellung der Arbeitskraft des arbeitenden Volkes bei gesundem Umsatz der Pharmaindustrie. (Hat nichts, aber auch gar nichts mit bestmöglicher Versorgung kranker Menschen zu tun.)

Gegen DAS BÖSE *auf* DER WELT

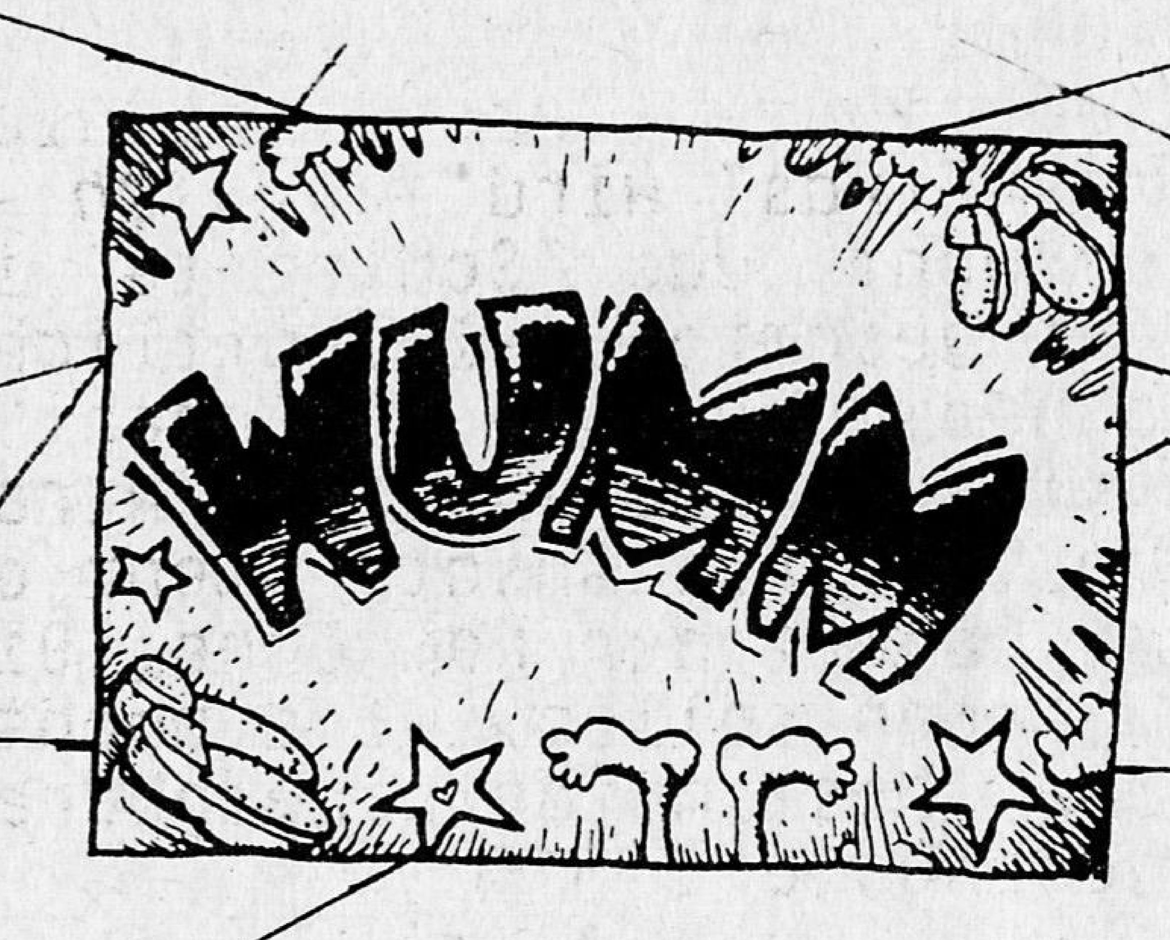
(Ein Kritikansatz zur "autonomen" Politik)



In letzter Zeit entbrannte ansatzweise eine Diskussion über "autonome" Politik. Die Gunst der Stunde nutzend will ich mich da einklinken und die Gedanken, die ich mir in den letzten Wochen gemacht habe und die in langen Diskussionen mit Leuten aus verschiedenen Gruppen entstanden, mal zu Papier bringen. Das war garnicht so leicht diese vielen Sachen zu ordnen und einigermaßen verständlich aus zu formulieren. So richtig gelungen ist mir das noch nicht (das soll auch erst ein erster Versuch sein). Auf andere Papiere der letzten Zeit einzugehen (z.B. Heinz Schenk) hab ich leider auch nicht geschafft. Naja, das nur mal vorab...
Grundsätzlicher Auslöser für diese Kritik ist, daß sich die "Autonomen" - aus meiner Sicht - ziemlich tief in eine politische Sackgasse manövriert haben. Die "autonomen" sind gesamtgesellschaftlich gesehen fast bedeutungslos geworden und die "Realität", die wir sehen und an der wir unsere "Kämpfe" bestimmen, hat meist herzlich wenig mit der Realität der Gesellschaft zu tun.
Die ursprünglichen Gründe für diese Entwicklung sind mir noch nicht so richtig klar. Es geht mir im Folgenden nur darum, das, was mir sehr negativ aufgefallen ist, zu benennen. Demzufolge kann ich erst recht keine bzw. wirklich konkrete Lösungsvorschläge machen, wenn es sich dabei nicht auf Plattheiten nach dem Motto " Laßt uns umdenken!" hinauslaufen soll. Na, und wenn wir schonmal bei diesem Thema sind: Dies soll *kein* Appell an den guten Willen oder das Verständnis der "Autonomen" sein. Ich will keiner/m aufzwängen, sich mal genauer zu hinterfragen. Macht ruhig so weiter, aber ohne mich.
(Um einige Verwirrungen zu vermeiden: Im folgenden kritisiere ich die "autonome" Politik, obwohl so eine Verallgemeinerung bei der besonders hohen Unterschiedlichkeit in der Szene unzulässig wäre. Ich will auch nicht alle "Autonomen" kritisieren, sondern eine bestimmte Teilgruppe, die allerdings den allergrößten Teil der Szene ausmacht und die sich auf die folgenden Verallgemeinerungen vorläufig reduzieren läßt. Ich setze das Wort autonom deshalb in Anführungszeichen.)

Die ergebnislose Suche nach dem Objekt der Begierde: Wer sind die "Autonomen" ?

Um die "autonome" Politik zu kritisieren, mußte ich erstmal feststellen, was denn nun konkret das Wort "autonom" bedeutet. Das war ein ziemlich haarsträubendes Problem: Einerseits nennen sich viele "autonom" (demzufolge ist die "autonome Szene" existent), andererseits sagt das Wort "autonom" kaum etwas über diese Menschen aus.
Die "Autonomen" entstanden als rein "praktische" Bewegung aus konkreten Kämpfen heraus. Seit ihrer Geburt als politische Gruppierung haben wir es aber nicht zu einem umfassenden Eigenverständniss gebracht (außer vielleicht: Die Leute links von den Grünen ?!). Heute wie damals ist die "autonome" Szene ein wild zusammengewürfelter Haufen der unterschiedlichsten Menschen mit noch viel unterschiedlicheren Herangehensweisen und Vorstellungen.
Das war erstmal eine völlig neue Situation - bis weit nach dem Entstehen der BRD hatten pol. Gruppen, die sich auch noch unter einem Namen zusammenschloßen, wenigstens annähernd ein theoretisches Selbstverständnis. Das fehlte bei den "Autonomen" völlig. Das muß kein Fehler sein, wenn mensch sich der Unterschiedlichkeit der Menschen stets bewußt bleibt und daran ihre/seine Politik ableitet. Aber auch das machten die "Autonomen" nicht. Obwohl es keinen Ansatz für eine Definition der Gruppe "Autonome" gab, wurde doch (bewußt oder unbewußt) versucht, so eine zu schaffen, eine Einheit herzustellen. Eine theoretische "Einheit" herzustellen, hätte aber das Ausgrenzen vieler bedeutet (eben jene, die eine andere theoretische Grundlage hatten)
Also wurde die Definition nicht auf inhaltlicher Ebene, sondern auf praktischer/formaler Ebene gebaut. Nicht ein bestimmter inhaltlicher Ansatz (wie z.B. bei Marxisten der dialektische Materialismus), sondern eine bestimmte Art des Verhaltens definierte einen Menschen als "autonom".
Die "Autonomen" bestimmten sich auf Basis der "autonomen" Praxis - deshalb konnte nie eine "autonome" Gesellschaftstheorie oder Analyse entstehen.(Das ist wohl auch der Grund für die unter "Autonomen" weitverbreitete Intelektuellenfeindlichkeit, da ein theoretisches Herangehen oder gar die Erstellung einer Gesellschaftsanalyse die Grundwerte der "autonomen" Selbstdefinition stark erschüttert hätten!)
Aus dieser Definition heraus entstand eine Vielzahl "autonomer" Dogmen und Mythen, die jeweils die Einheit bewahren sollten (sonst hätte ja die "praktische" Selbstdefinition mit Änderung der gesellschaftlichen Realitäten ständig geändert werden müssen - sie hätte sich selbst ad absurdum geführt !).
Diese konsequente Eigendynamik der "autonomen" Selbstdefinition war wohl der größte Fehler der "Autonomen", denn er katapultierte sie in ein Gebiet fernab jeglicher Realitäten - quasi in eine "autonome" Scheinwelt.
Wie diese Scheinwelt und die Mythen, die zu ihr führten, aussehen, will ich im Folgenden konkretisieren.



Mythos "Illegalität"/"Militanz"

Dieser Komplex ist - glaube ich - ein hervorragendes Beispiel dafür, wie aus der rein praxisbezogenen Selbstdefinition ein Mythos entstehen konnte.

Die "Autonomen" haben sich schon immer dadurch abgegrenzt, daß sie auch auf illegale und militante Mittel nicht verzichten wollen (im Göttinger Organisierungspapier wird dieser Punkt sogar zum zentralen Aspekt der Definition der "Autonomen").
"Die Grün/Alternativen sind Pazifisten, wir nicht!"
Aus dieser formal/praktischen Abgrenzung entstand der Mythos:
Je militanter desto autonomer. Jede Form militanten oder illegalen Handelns (es sei denn, daß es ausdrücklich von "Rechtsextremen" ausgeführt wurde) wurde sofort als Ausdruck eines revolutionären Potentials gesehen (so wird oft ein Ladendieb schon zum revolutionären Subjekt erklärt, ohne zu fragen, wieso er dies eigentlich tut.) Es wird nicht vom *Motiv* (z.B. ich will eine freie Welt und deshalb Revolution), sondern von der *Tat* (z.B. ich schmeiße jetzt einen Stein in dieses Schaufenster) ausgegangen und daran ein Rückschluß auf das Motiv gezogen die Konsequenz wär: Alle, die steine werfen, wollen die Revolution.
Und das ist einfach absoluter Unsinn.
So mutieren Militanz & Illegalität von reinen *Mitteln* , die nach einer inhaltlichen Zweckbestimmung angewandt werden, zum Selbstzweck oder Ritual.

Vom Teilbereichskampf zur Revolution ?

Das Selbstverständnis als erstmal praxisbezogene Gruppierung hat in der konkreten pol. Praxis natürlich die Konsequenz der Kampagnenpolitik und der Arbeit in Teilbereichen. Dieses Phänomen will ich mal genauer erläutern.
Damit die Gruppe "Autonome" erhalten bleibt (also die Scheineinheit einer eigentlich uneinheitlichen Gruppe) kann keine grundsätzliche Theorie erarbeitet werden. Also machen die "Autonomen" aus der Not eine Tugend, pfeiffen erstmal auf die Theorie und stürzen sich sofort auf die Praxis. Das sieht dann so aus: Eine Gruppe X sieht irgendeine "Schweinerei" (z.B. Olympia 2000, um aktuell zu bleiben). Da es aber keine Gesamtanalyse gibt, wird erstmal rein emotional ("Hass") an die Sache herangegangen. Dieses "störende Etwas" wird *für sich* gesehen. Ganz pragmatisch wird also versucht, das "Schlechte" in der Sache selbst zu sehen, und nicht gesamtgesellschaftlich, weil es dafür keine Grundlage gibt. Nachdem dann die üblichen "Anti"-Aktionen ("Gegen Olympia" etc.pp.sic!) gelaufen sind, wird versucht da "inhaltlich" dran zu arbeiten. Als Ansatz dient aber nicht die Gesellschaft, sondern das Objekt der Kampagne. Die Theorie, die vorher hätte erarbeitet werden sollen, wird nachträglich und vorallem in Hinblick auf einen bestimmten scheinbaren (?) Kristallisationspunkt zusammengeschustert.

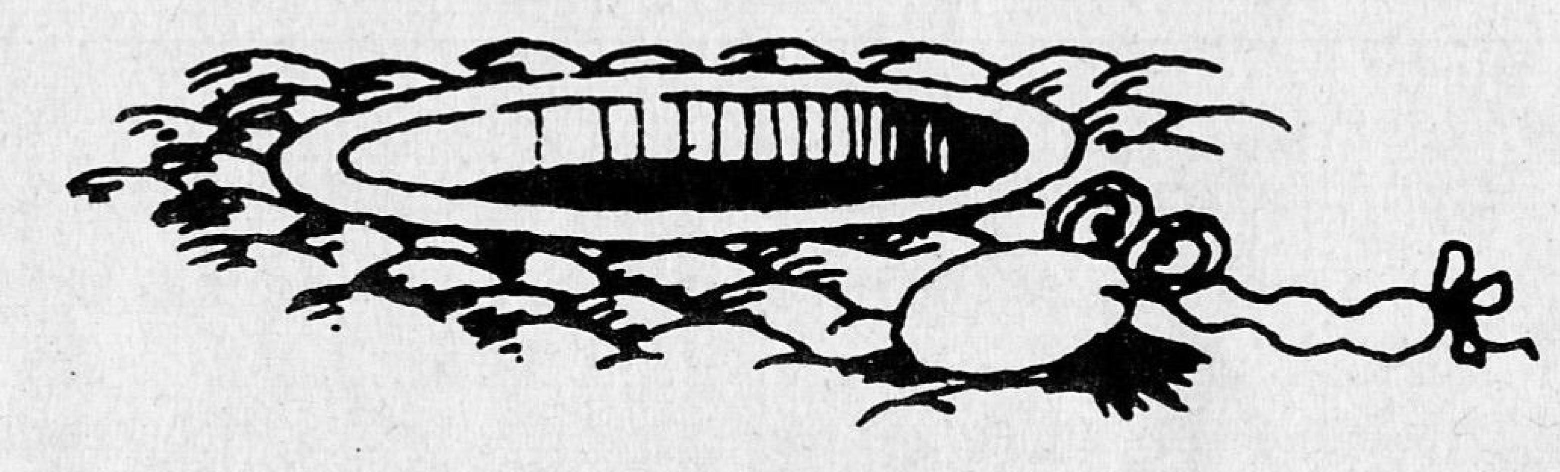
Dabei kann natürlich (wenn überhaupt) eine rein objektbezogene Theorie, ein Teil-/Detailwissen geschaffen werden. Doch diese objektbezogene und der praxis<u>nach</u>folgende Theorie wird (oder kann?) nicht in eine gesamtgesellschaftliche Theorie umgewandelt (werden). Theorie wird nur anhand von Symptomen und nicht anhand der Ursachen, Wurzeln gebildet. Diese Theorien können nie eine rev. Qualität entwickeln, da eine Revolution an den Wurzeln ansetzt.(Das Dogma: Die Teilbereichskämpfe verbinden sich zur rev. Bewegung ist also auch falsch, oder?)
Aber das Fatale ist: Dieser Ansatz reproduziert sich selbst, da für die nächste anstehende "Schweinerei" wieder keine greifende Theorie da ist, sondern nur die objektbezogenen Theorien aus alten Kampagnen. Es wird also wieder von vorne begonnen.

"Autonome" Feindbestimmung

Naja, *so* einfach ist das alles nun auch wieder nicht. Das Theorie/Praxis-Verhältnis der "Autonomen" muß also nochmal genauer untersucht werden. Es gibt nicht nur eine bewußt erarbeitete, der

Praxis nachfolgende Theorie. Es gibt noch eine andere, wenn mensch davon ausgeht, daß *jede* Praxis, *jede* Handlung eine bestimmte "Theorie" vorraussetzt. Schließlich muß es selbst zur Erkennung einer "Schweinerei" (Olympia 2000 bsw.) wenigstens Kriterien zur Erkennung dieser geben.
Normalerweise sollte dies eine gesamtgesel. Theorie sein, aber diese soll bei den "Autonomen" ja erst in der Praxis entwickelt werden. Woraus leitet sich dann die "autonome" Praxis ab ?
Aus einem diffusen, unausgegorenen und widerspruchsvollen Haufen aus Halbweisheiten, Klischees und Fragmenten aus uralten Theorien (vorallem marxistischer Art). Und hier beißt sich die Katze in den Schwanz: Die in eine Zwangseinheit gepresste "autonome" Szene erschafft eine "Ausgangstheorie", die natürlich alle Widersprüche der "Autonomen" enthält. Allerdings wird dies kaum hinterfragt, weil theor. Diskussionen *vor* einer konkreten Praxis widerspricht ja dem "aut." Grundsätzen". So werden dann aus den unterschiedlichsten Ansätzen & Theorien die besten Stellen zusammengesetzt.
Das ist ein ziemlich ernstes Problem. Schon allein beim Betrachten der "autonomen Feindbestimmung" wird dies offensichtlich. Die "Autonomen" hängen größtenteils immernoch dem klassischen totalen Frontendenken (wie es sich z.B. in der Klassenkampfthese ausdrückt) nach: Es gibt eine relativ klar bestimmbare Gruppe der "Herrschenden", der "Schweine", des "Bösen". Das Problem ist, daß sich die "Autonomen" (wie allerdings die meisten "Linken") als die Negation dessen begreifen, als das antagonistische Element. Grundlegende These: Der Kampf zwischen dem "Guten" und dem "Bösen" (Proletariat <> Kapitalisten, Antifas <> Nazis, links < > rechts,...).

Das ist ja alles nichts neues. Im Gegenteil diese Vorstellung ist ziemlich alt, zu alt. Die Vorstellung einer polaren Herrschaftsausführung ist - meiner Ansicht nach - überholt. Es gibt keine Fronten, die Herrschende und Beherrschte exakt trennt. Herrschaft wird (in der BRD) von fast allen ausgeübt. Sicher haben einige mehr (sehr viel mehr) Macht als andere, aber schon die Vorstellung eines abgestuften Herrschaftsgefüges ist ein Widerspruch zum typischen Frontendenken.



...UND BALD WIEDER UNTER.

Um mal ein konkretes Beispiel zu geben: Ich glaube, die Orientierung vieler "Antifas" am Feindbild "Nazis" ist völlig falsch - weil bsw. die Angriffe in Hoyerswerda nicht von klassischen Nazis ausgeführt wurden, sondern von der "normalen" Bevölkerung. Allerdings die Bevölkerung jetzt zu 99% aus Nazis bestehend zu erklären und so das alte Denken zu reproduzieren ist genauso falsch. Wie gesagt, die alten Ansätze greifen schon lange nicht mehr. Abhilfe könnte eine unfassende Gesellschaftsanalyse, die möglichst nah an der gesel. Realität gebildet wird, schaffen, die eben auch diese Herrschaftsverhältnisse neu & exakter analysiert und an der sich ableiten lassen könnte, wo wir angreifen müßen, um wirklich was *radikal* zu ändern, und nicht Symptome zu bekämpfen. Dazu müßte aber die "autonome" Herangehensweise gänzlich geändert werden bzw. sich davon getrennt werden.

Zum Schluß noch dieses und jenes:

Um nicht den Rahmen des Zumutbaren zu durchbrechen, beende ich hier (vorläufig!) meine Betrachtung der "autonomen" Szene. Ich wäre gerne noch auf folgende Punkte eingegangen, die ich hier nur kurz umschreiben aber nicht näher erläutern will:

>>die Tendenz, eine Art politische Sekte zu bilden, soll heißen: Die Abschottung gegenüber anderen Gruppen und das dahindümpeln im eigenen Saft.

Daraus resultierend:

>>den Mythos '36, als die "autonome" Insel in einem Meer aus Bösem und Schweinereien.

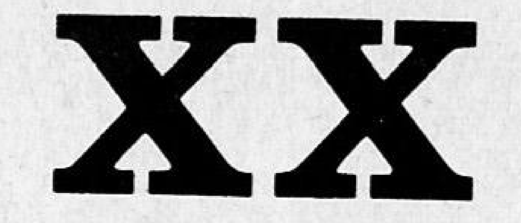
>>das Verhältnis zur Gesllschaft; wo die Tendenz zu erkennen ist, daß sich die "Autonomen" nicht als Teil der gesellschaft sehen, sondern als Außenstehende.

>>den Mythos "Gangs", oder vielmehr das verallgemeinernde und unhinterfragende Glorifizieren von "Gangs".
(Zu diesem Punkt fällt mir noch einiges ein, nur kann ich das nicht kurz <u>und</u> eindeutig formulieren.)

Aber eins will ich doch noch von mir geben:
Mit meiner ganzen Argumentation will ich nicht sagen, daß wir uns erstmal hinsetzen müssen und uns Theorien erarbeiten müßen. Im Gegenteil: Angesicht der akuten Bedrohung von Flüchtlingen müßen wir uns natürlich um deren Schutz kümmern. Nur: Dieser Schutz ist reine Symptombekämpfung! Er hat keine revolutionäre Perspektive! Es sollte uns bewußt sein, daß uns dazu das theoretische Fundament fehlt. Es sollte sich deshalb dabei auf das Nötigste beschränkt werden. Alles darüberhinausgehende (Kampagnenmaßnahmen) finde ich uneffektiv, da sie zwangsläufig ins Leere laufen. Dies nur, damit nicht sowas kommt wie: Du ziehst Dich zum diskutieren zurück und läßt die Leute krepieren.

Parolen schenk ich mir

(is' ja eh bald Weinachten)





Soziale Bewegungen und Sozialismus im 20. Jahrhundert

INTERNATIONALE TAGUNG DER
HAMBURGER STIFTUNG FÜR SOZIALGESCHICHTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Samstag, 23. November 1991, 10 - 20 Uhr
Sonntag, 24. November 1991, 10 - 17 Uhr

Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)
Von-Melle-Park 9, 2000 Hamburg 13, Hörsaal und Arbeitsräume

Kontakt und Information:
Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Schanzenstr. 75-77, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/ 43 72 32

Die spannungsgeladenen Auflösungserscheinungen in den Staaten des realexistierenden Sozialismus regten uns dazu an, eine sozialgeschichtliche Tagung über internationale soziale Bewegungen im 20. Jahrhundert zu konzipieren. Den Hauptteil der Veranstaltung bilden vier thematisch abgegrenzte Workshops.

WORKSHOP I über soziale Bewegungen in der Sowjetunion seit den 1920er Jahren untersucht vor allem das Spannungsfeld zwischen betrieblichem Alltag und den theoretischen Konzepten vom Sozialismus. Die Ideen von einer gesamtgesellschaftlichen Fabrik werden hier also mit der betrieblichen Realität aus der Sicht "von unten" konfrontiert. Aufgrund der landwirtschaftlich geprägten Struktur des Landes rücken zudem Bauernproteste u.a. gegen die Zwangskollektivierung ins Blickfeld.

WORKSHOP II untersucht z.B. die antirassistischen Proteste sowie die Befreiungsbewegungen in den Ghettos der USA, Jugend- und Arbeiterproteste in Italien sowie Feminismus und Internationalismus. In WORKSHOP III, der Beiträge über die Intifada, IRA, Anti-AKW-Bewegung oder die Befreiungsbewegungen El Salvadors vereint, werden Themen näher untersucht, die immer wieder die Pressespalten füllen, deren Grad an gründlicher sozialgeschichtlicher Aufarbeitung aber im umgekehrten Verhältnis zur Menge des bedruckten Papiers steht.

WORKSHOP IV behandelt internationale Arbeiterbewegungen. Hier sollte zum Nachdenken anregen, daß diese Bewegungen, die zeitweise über eine beträchtliche betriebliche Macht verfügten, oftmals nicht vorrangig an der zweifellos starken staatlichen Gegenmacht scheiterten, sondern mindestens ebenso häufig an inneren Gegensätzen und Spannungen zerbrachen.

Neben diesen vier Workshops bietet die Tagung Einführungsreferate über Revolutionen und Protestbewegungen im 20. Jahrhundert sowie die Gelegenheit, auf zwei abschließenden Diskussionsrunden über zentrale Ergebnisse der vier Workshops gemeinsam zu diskutieren und am Beispiel der nationalsozialistischen Herrschaftskonzeption für Osteuropa exemplarisch das Spannungsfeld von Herrschaftsplanung und gesellschaftlichem Widerstand auszuleuchten.
Alles in allem, Grund genug um mitzumachen.

Samstag, 23. November 1991

10-12 UHR EINLEITUNGSREFERATE:

Revolutionen und Protestbewegungen im 20. Jahrhundert
(Manfred Kossok/Helmut Konrad)

13.45-17.00 UND 17.30-20.00 UHR
WORKSHOPARBEIT:

WORKSHOP I
Soziale Bewegungen im realexistierenden Sozialismus: das Beispiel Sowjetunion.
Leitung und Berichterstattung:
Richard Lorenz

- Atomisierung, Arbeitsverhältnisse und die historischen Imperative des stalinistischen Herrschaftssystems von Stalin bis zur Perestroika *(Don Filtzer)*
- Die gesamtgesellschaftliche Fabrik: Rationalisierungs- und Fortschrittskonzepte in den 1920er Jahren *(Angelika Ebbinghaus)*
- Sozialismus im betrieblichen Arbeitsalltag der 1920er Jahre *(Thomas Held)*
- Bauernproteste in den 1920/30er Jahren *(Stefan Merl)*
- Soziale Protestbewegungen während der Perestroika *(N.N.)*

WORKSHOP II
Internationale soziale Bewegungen seit den 1960erJahren.
Leitung und Berichterstattung:
Sergio Bologna

- StudentInnen und Jugendliche in der us-amerikanischen Antirassismusbewegung der 1960/70er Jahre *(Ferruccio Gambino)*
- Bewegungen für soziale und nationale Befreiung in den Ghettos der USA: die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung *(Jürgen Heiser)*
- Jugendprotest und Arbeiterrevolten im Italien der 1970/80er Jahre *(Gruppe 2)*
- Feminismus und Internationalismus *(Ingrid Strobl)*

WORKSHOP III
Soziale Bewegungen zwischen Nationalismus, Revolution und Resignation
Leitung und Berichterstattung:
Gaby Gottwald

- El Salvador - Bewaffneter Kampf und Tagespolitik seit den 1960er Jahren *(Zentralamerikasekretariat)*
- Intifada - Soziale Basis und Aktionsformen vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts *(Alexander Flores)*
- IRA - Soziale Trägerschaft, Aktionsformen und staatliche Repression seit den 1970er Jahren *(Ralf Sotscheck)*
- Anti-AKW-Bewegung in der BRD - Aktionsformen, Sozialstruktur, staatliche Repression *(Enno Brand/Bernd Weidmann)*

WORKSHOP IV
Arbeiterbewegungen zwischen betrieblicher Macht und staatlicher Repression
Leitung und Berichterstattung:
Marcel van der Linden

- CNT - Auftsieg und Niedergang des Syndikalismus in Spanien *(Walther L. Bernecker)*
- Arbeiterkämpfe, Straßenpolitik und Polizeieinsatz in Berlin vor dem Ersten Weltkrieg *(Thomas Lindenberger)*
- Zur Organisierung von ArbeiterInneninteressen und -bedürfnissen in Deutschland, ca. 1890-1940 *(Alf Lüdtke)*
- Solidarnosc - Eine Arbeiterbewegung übernimmt die Macht *(Melanie Tatur)*
- Arbeiterbewegungen Lateinamerikas zwischen Korporatismus und neoliberaler Deregulierungspolitik in den 1980er Jahren *(Dieter Boris)*

Sonntag, 24. November 1991


10-12 UHR BERICHTE AUS DEN WORKSHOPS I-IV

14-17 UHR ABSCHLUßDISKUSSION:
Auftaktreferat:
Sozialgeschichtliche Forschungsprobleme im Spannungsfeld von Herrschaftsstrategie und gesellschaftlichem Widerstand: das Beispiel "Generalplan Ost" in NS-Europa 1941-1944
(Karl Heinz Roth)

Moderation der Tagung: *Klaus Weinhauer*

Die Tagung wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit UMDENKEN e.V. und buntstift e.V.

Eine Veranstaltung des Café Knallhart (HWP)



(♀♀♀ only)

Do,21.11.	20.30.	Bericht über die Situation der Lesben in der UDSSR, Schokofabrik
	21.00	Film "Die Welle", Infoladen DANEBEN
Fr.22.11.	20.30	Widerstand von Frauen gegen Gewalt,Patriarchat und Krieg in Serbien, Schokofabrik (♀♀♀ only)
	19.00	Film "Exil" über Asylverfahren und die Entwicklung, BRD 87, El Locco
Sa.23.11.	18.00	Frauenoffensive, Veranstaltung zu rechtsradikalen Angriffen und Flüchtlingssituation, El Locco (♀♀♀ only)
	--.--	Solifete & Konzert Adalbertstr.32
	21.00	Solikonzert (für was eigentlich??), Schweinemensa
	21.00	Solidisco für Radio Zinica (Nicaragua) & live Musik, KOB
Di.26.11.	21.00	Film "The Mohale Street Brothers", DANEBEN
Do.28.11.	21.00	Film "Die Provokation" & "Leviathan", DANEBEN

ständige Termine: Sa 10-16.00 ♀♀♀-Frühstück im KOB
So 10-16.00 Frühstück im KOB

IM WENDEKREIS DES PFLASTERSTEINS ★

I Jahr Mainzer Räumung...

Aktionswoche vom 23. bis 3o.November

+ Jeden Tag/Abend "Schrott-Kunst-Schweißen" im Hof Kreutziger Str.I9/2I
+ Sonntag 24.Nov. Eröffnung "Im Zeichen des Supermollis"- Installation, Galerie in der Kreutziger Str. I2, I5 Uhr
+ Montag 25.Nov. "The battle of Tuntenhaus" GB 9I, Film über den Forellenhof in der Mainzer Straße, Videokino "Anschlag" in der Kreutziger Str.I8 (im Hof)
+ Dienstag 26.Nov. "Die Freiheit stirbt zentimeterweise", Lesung mit Texten von Weiss, Geissler, Rimbaud, Schwitters und aus der Mainzer Straße, anschl. Diskussion,2o Uhr im Infoladen "Anlauf" Kreutziger Str. I8
+ Mittwoch 27.Nov. "Sag niemals nie" Berlin 9I, Selbstdarstellung über das Leben und die Projekte in den besetzten Häusern der Mainzer Straße, bis zur Räumung am I4.II.9o, zusätzlich das offizielle Polizeivideo Berlin 9o "Der Polizeipräsident informiert" Videokino"Anschlag"in der Kreutziger Straße I8, 2I Uhr

ORT: KREUTZIGER STRASSE, F'HAIN
Kontakte: Infoladen, (Galerieprojekt über Mende, Ostberlin 243I3325 von 8 bis I5 Uhr)

Schickt eure Termine nur für die jeweils laufende Woche. Für alles andere übernehmen wir keine Gewähr.

FILM IM EX

GNEISENAUSTR. 2A 1/61



»DIE PARTISANEN VON WILNA«

16 MM O.M.D.T.U.

Zu diesem Film

PARTISANS OF VILNA ist ein abendfüllender Dokumentarfilm, der den jüdischen Widerstand im 2. Weltkrieg erforscht. Er erzählt die unsägliche Geschichte der jüdischen Jugendlichen, die im Wilnaer Ghetto den Widerstand organisierten oder als Partisanen in den Wäldern gegen die Nazis kämpften. Der Film enthält vierzig Interviews mit ehemaligen Widerstandskämpfern in hebräisch, jiddisch und englisch, aufgenommen in Israel, New York, Montreal und Wilna sowie Archivmaterial aus den Jahren 1933 - 1944.

SONNTAG 19!!UHR